Nummer 68 - Herbst 2010 -15. Jahrgang

Spende: 1.- Euro

TIERRA Y LIBERTAD

Land und Freiheit - Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr

Cariño a Copala

Bienvenid@s

Liebe Leserinnen und Leser,

Wir freuen uns, dass wir auch in der vorliegenden Ausgabe, wieder ein breites Spektrum an Informationen bieten zu können. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt auf dem Konflikt in Copala, bedingt durch die Trauer um die ermordeten Compañer@s Bety Cariño und Jyri Jaakkola. Sie stehen stellvertretend für die vielen Opfer, die dieser Konflikt bereits gefordert hat. 'Cariño a Copala' (Zärtlichkeit für Copala) -unser Titelbild- stammt von dem Maler Demetrio Barrita und ist Bety Alberta Cariño gewidmet. Es wurde Café Libertad vom 'Comite 25 de Noviembre' aus Oaxaca als Dank für die finanzielle und solidarische Unterstützung überreicht. Wir freuen uns, wenn die internationale Solidarität dazu beiträgt, das Leiden über den Tod der geliebten Menschen etwas zu mildern.

Neben diesem Thema findet ihr weitere Reportagen und Neuigkeiten aus Mexiko, Lateinamerika und der ganzen Welt. Wer mehr Informationen zur kürlich zu Ende gegangenen Solibrigade durch Chiapas sucht, kann diese auf der Seite von www.europazapatista.org finden. Über diese Reise findet ihr dort ein ausführliches Archiv in Ton, Bild und Schrift.

Wir hoffen euch gefällt die Tierra y Libertad Nr. 68. Bei einer Bestellung von 20 Exemplaren gibts ein Soli-T-Shirt gratis dazu (siehe S 16 f).

Viel Spaß beim Lesen

Eure Tierra y Libertad Redaktion

Inhalt:

Copala: Autonomie ohne Ausweg..... S. 3
Nachruf für Bety Cariño..... S. 5
Nachruf für Jyri Jaakokkola..... S. 6
Interview zur Menschenrechtsbeobachtung..... S. 7
Freispruch für die letzten Atenco-Gefangenen..... S. 9
Das zähe Ringen um Autonomie.....S. 10
Bericht über die europäische Solidaritätsbrigade
Rebellisches Zusammentreffen.....S.11
Für Solidarität und Umweltschutz.....S. 12
Genossenschaft Piedra Canteada
La Isla - Filmrezension.....S. 14
Los otros cuentos - Buchrezension..... S. 15
Corazon del tiempo - Filmrezension.....S. 16
Eine Bibliothek für Oaxaca!..... S. 17
Wege zu einer gerechten Gesellschaft..... S. 18
Marielle Cauthin spricht über das neue Bolivien
Der Kampf um Indigene Rechte in Brasilien.....S. 21
Wir machen in Kurdistan das jetzt so.....S. 23
Blick auf die kurdische Frauenbewegung
Aber ich bin ja illegal.....S. 25
Interview mit einer No Border Aktivistin
Erklärung von Cochabamba.....S. 28
Weltkonferenz zum Klimawandel

Impressum:

HerausgeberInnen:
Ya-Basta-Netz in Zusammenarbeit mit
Café Libertad Kollektiv und
Zapapres e.V.
www.tierra-y-libertad.de

Kontakt zur Redaktion:
landundfreiheit@riseup.net
c/o Zapapres e.V.
Postfach 306126, 20327 Hamburg
V.i.S.d.P. : C. Ramona
Dahlweg 64 , 48153 Münster
Auflage: 2200 Exemplare

Vertrieb:
abolandundfreiheit@riseup.net
Spendenvorschlag bei Bestellungen:
1 Exemplar - 2 Euro
5 Exemplare- 4 Euro
10 Exemplare- 6 Euro
20 Exemplare- 10 Euro
50 Exemplare- 22 Euro
am Jahresende können Spendenbescheinigungen
(ab 10 Euro) ausgestellt werden

bei Bestellungen aus dem Ausland bitten wir
um eine 1-2 € höhere Spende

Die Tierra y Libertad
wird erstellt mit
Scribus
Open Source Desktop Publishing
www.scribus.net

Copala: Autonomie ohne Ausweg

Andauernde politische Gewalt in der Triqui-Region - ein Blick auf die komplexen Hintergründe

San Juan Copala steht für eine Hoffnung auf eine indigene Autonomie nach zapatistischem Vorbild auch in Oaxaca, aber auch für eine Tragödie: Beim tödlichen Angriff auf die Beobachtungskarawane vom 27. April wurden unsere beiden Compas Jyri Jaakkola und Bety Cariño von Paramilitärs ermordet.

So zynisch es klingen mag - daraufhin wurden die Auseinandersetzungen in der indigenen Region der Triquis in Oaxaca weltweit Thema, wenn auch nur für kurze Zeit. Viele Leute, insbesondere aus dem Umfeld der zapatistisch inspirierten Anderen Kampagne, begannen sich für die Region zu interessieren und solidarisierten sich mit der Organisation MULTI, welche 2007 den autonomen Bezirk San Juan Copala ausgerufen hatten. Bei genauerem Hinsehen und Zuhören ist die Sache jedoch ziemlich kompliziert. Nach einem kurzen Abriss über die Gewalteskalation soll auf die jüngsten, dramatischen Ereignisse eingegangen werden, welche vollständig im medialen Sommerloch untergingen.

Die Blockade der Gemeinde San Juan Copala begann mit dem Versuch einer ersten Karawane Ende November 2009 im Rahmen der Kampagne zur Freilassung der Gefangenen von Atenco. Seither spitzte sich die Situation in den letzten Monaten ständig zu. Im Vordergrund stand die PRI-Organisation UBISORT mit ihrer bewaffneten Paramilitärtruppe. UBISORT kontrolliert unter anderem die Gemeinden San Miguel Copala sowie die kleine – gleich vor San Juan Copala gelegene - Ortschaft La Sabana. In San Juan Copala selber sind sowohl UBISORT als auch MULTI vertreten. Gemeinsam hatten sie 2007 den autonomen Bezirk San Juan Copala ausgerufen. Mit der ersten Karawane vom November 2009 wurde deutlich, dass diese Allianz MULTI-UBISORT zerbrochen war und sich die Organisationen bekämpften. Im Dezember kamen zwei UBISORT-Anhänger in San Juan Copala zu Tode. Dies führte zusammen mit weiteren gewalttätigen Ereignissen im Frühjahr 2010 zur vollständigen Blockade der Familien von MULTI in San Juan Copala.

Weniger die Rede war während dieser Monate von der grössten Organisation der Triquis: MULT, die historische Organisation der Triquis mit einer höchst zweifelhaften Führung, ist wie MULTI Teil des CNI (Nationaler Indigener Kongress) und der Anderen Kampagne, hatte sich 2006 aber nicht in dem Aufstand der APPO angeschlossen, was ihre Nähe zur PRI dokumentiert. Ein Teil der Morde der letzten Monate könnte durchaus auch auf das Konto der MULT gehen. So denunzierte MULTI z.B. Feuerattacken von MULT auf San Juan Copala, wobei unter anderem ein Kleinkind ums Leben kam. Und Anfang Februar kamen bei den beiden blutigsten Überfällen mit neun Toten in der ehemaligen MULT-Gemeinde San Miguel Copala acht UBISORT-Leute und ein Ingenieur der staatlichen Wasserkommission ums Leben. San Miguel Copala wurde 2008 von UBISORT als „vollständig übernommen“ gemeldet, alle MULT-Familien seien der UBISORT beigetreten. Diese Organisationswechsel sind nicht selten. Viele Familien schliessen sich der einen oder anderen der drei Organisationen jedoch nicht freiwillig an, sondern aus der puren Angst, möglichst nicht in die Schusslinien zu geraten. Wer kann, der flieht vor Armut und Gewalt: Über die Hälfte der Triquis leben migrierten in mexikanische Grossstädte oder in die USA.

"Respekt für die Autonomie von San Juan Copala" - Banner auf der dritten Karawane Foto:elenemigocomun.net

Nach der zweiten Karawane mit ihrem tragischen Ausgang wurde aus dem Umfeld der Anderen Kampagne, insbesondere in Mexiko Stadt, auf eine dritte Karawane mobilisiert. Auch Parlamentarier des mexikanischen Kongresses meldeten sich an, allen voran Abgeordnete der sozialdemokratischen PRD. Diese Karawane führte schon im Vorfeld zu viel Gesprächsstoff. Nicht nur wegen der innerlinken Zwistigkeiten, sondern auch bezüglich der Aussicht auf Erfolg. Denn seit den Morden der UBISORT vom 27. April geschah keinerlei staatliche Verfolgung der Täter. Im Gegenteil wurden der historische Gründer der MULTI, Timoteo Alejandro Ramírez und seine Ehefrau Tleriberta Castro in der Gemeinde Yosoyuxi in einem von langer Hand geplanten Attentat ermordet. Tatsächlich war die dritte Karawane vom 8. Juni unter Leitung von MULTI zwar ein vielbeachtetes mediales Ereignisdie UBISORT blockierte zum dritten Mal die Zufahrtsstrasse zu San Juan Copala bei La Sabana mit Frauen, Kindern und bewaffneten Männern, die zur Abschreckung auch in die Luft schossen. Unmöglich war das Durchkommen auch wegen bundesstaatliche und föderalePolizeieinheiten, die die Karawane von einer Weiterfahrt abhielten und so offensichtlich machten, dass es Teile der Republik gibt, in denen sie das staatliche Gewaltmonopol nicht aufrechterhalten wollen. Eine besonders empörende Rolle spielte die Regierung von Ulises Ruiz; deren Vertreterin verlangte von der Karawane allen Ernstes, dass die Paramilitärs von der UBISORT im Treck mitreisen könnten.

Die Bilanz von Ende 2009 bis Juni 2010 fällt ernüchternd aus. Der solidarischen Öffentlichkeit ist es nicht gelungen, gegen den offensichtlichen Unwillen der PRI zu einer Konfliktentspannung anzukommen. Im Gegenteil eskalierte die Situation mit jeder Initiative weiter. Auch die Verhandlungen, welche vorher vorsichtig unter

"Retten wir die Autonomie der indigenen Völker/Dörfer der Triquis" - Frauen aus San Juan Copala Foto: justseeds.org

der Führung der Mediations-NGO SERAPAZ (hervorgegangen aus der CONAI in San Cristóbal, welche in den Neunziger Jahren zwischen der EZLN und der Regierung vermittelte) angegangen wurden, mussten in der neuen Situation auf Eis gelegt werden. Neben Bety und Jyri kamen rund zwei Dutzen Triquis ums Leben. Den grössten Blutzoll zahlte die UBISORT, wobei auch hier keinerlei Aufklärung oder Strafverfolgung seitens der Behörden geschah. Viele Indigene aller Organisationen wurden verletzt, mehrere entführt, insbesondere die Gewalt gegen Frauen und Kinder ist endemisch.

Am 4. Juli fanden in Oaxaca viel beachtete Wahlen statt. Nach 80 Jahren wurde die PRI nicht wieder gewählt. In San Juan Copala wurden aufgrund des andauernden Belagerungszustands keine Wahlurnen aufgestellt. Denn auch kurz vor und nach den Gouverneurswahlen ging das Morden weiter: Am 1. Juli wurde Severiano Flores Ramírez, der moralische Anführer der UBISORT in La Sabana, erschossen, seine Frau Hermelinda Verónica verletzt. Sie waren unterwegs in die Bezirkshauptstadt und gerieten kurz vor der MULTI-Gemeinde Tres Cruzes in einen Hinterhalt . Wenige Tage darauf nahmen vermutlich MULT-Anhänger die Versammlung einer UBISORT-Gemeinde unter Feuer. Und die autonomen Behörden von San Juan Copala ihrerseits machten Ende Juli einen „verzweifelten Hilferuf“ an die EZLN, an solidarische Organisationen und Menschenrechtsgruppierungen. Die Situation sei unaushaltbar, täglich käme es zu Schiessereien. Seit dem 26. Juli sei eine Compañera namens María Rosa Francisco verschwunden - sie kam vom Brennholz sammeln nicht mehr zurück.

Kurz darauf eskalierte die Situation einmal mehr: Anastasio Juárez Hernández, der UBISORT-Chef in San Juan Copala, kam in der Nacht auf den 29. Juli unter unklaren Umständen ums Leben. Anastasio war der Bruder von Rufino Juárez Hernández, dem berüchtigten Anführer der UBISORT mit Sitz in der Nachbarsgemeinde La Sabana. Anastasio wurde von Rufino zu Jahresbeginn als „Gemeindepräsident“ von San Juan Copala eingesetzt – das umstrittene Rathaus übernahm UBISORT im Dezember 2009 mit Waffengewalt. Doch mit einer Frauendemo gelang es MULTI im März 2010, den symbolisch wichtigen Sitz des Autonomen Bezirks vorübergehend zurückzuerobern. Am 30. Juli drangen mehrere hundert Polizisten in Begleitung von bewaffneten UBISORT-Anhängern in das Dorf ein. Offizielle Begründung: Die Sicherung der Leiche von Anastasio. Die „Frauen des Widerstands des Autonomen Bezirks San Juan Copala“ versuchten mit einer Menschenkette, dieses Manöver zu verhindern. Vergeblich, es fielen Schüsse, zwei Frauen wurden verletzt, die 14-jährige Adela Ramírez López so schwer, dass sie wohl ihr Leben lang gelähmt bleiben wird. Die UBISORT bemächtigte sich an diesem 30. Juli erneut des Regierungsgebäudes. Die Compas der Anderen Kampagne denunzierten den Überfall von Polizei und Paramilitärs in Oaxaca Stadt. Anastasios Leiche sei in San Juan Copala „gesät“ worden, in Tat und Wahrheit sei er in der Bezirkshauptstadt Juxtlahuaca bei einer internen Streitigkeit zwischen PRI-Leuten erschossen worden. Der Mord an Anastasio „wurde geplant, um den autonomen Bezirk zum Verschwinden zu bringen“, so Ramiro Martínez von der Anderen Kampagne.

Im August scheint klar zu werden, dass die momentanen Kräfteverhältnisse es nicht erlauben, in San Juan Copala weiter auszuharren, wo zuletzt nur noch 30 Familien des autonomen Bezirks leben sollen. Und auch der neueste Vorschlag von MULTI, dass die Frauen aus San Juan Copala in einer Karawane nach Mexiko Stadt ziehen, um vom Machtzentrum aus auf ein Ende der Straflosigkeit für die Paramilitärs und eine Pazifizierung der Region zu drängen, wurde gewaltsam verhindert: Eine die Karwane vorbereitende Kommission kam auf dem Rückweg in ihre Gemeinde in einen Feuerhinterhalt, drei Männer, darunter ein 78-jähriger Anführer einer MULTI-Gemeinde wurden ermordet, zwei weitere verletzt, die Frauenkarawane tags darauf musste abgesagt werden. Rund um diese jüngsten Gewaltakte hat sich ein publizistischer Schlagabtausch zwischen MULT und MULTI entwickelt. Die Vorwürfe sind häufig schwer überprüfbar. Klar ist, dass die „indigene“ Partei PUP von

www.Chiapas98.de
Aktuelles Materialien
Urgent Actions Archiv

MULT mehrfach eine dubiose, das PRI-System verteidigende Haltung einnahm, und sich so eigentlich selber desavouiert. Jüngstes Beispiel war die Zustimmung der PUP im Parlament für die „Freisprache“ von Ulises Ruiz im angeblichen „politischen Prozess“, der ihm wegen der Verbrechen von 2006 eben gemact wurde. PRI und in deren Gefolge die PUP sind momentan darauf konzentriert, eine spätere Verfolgung der Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen von 2006 möglichst schwer zu machen.

Welche Rachepläne der abtretende PRI-Gouverneur Ulises Ruiz noch gegen die widerständigen indigenen Gemeinden schmiedet und wie der am 1. Dezember 2010 ins Amt tretende Gabino Cué von der Oppositionsallianz PAN-PRD-PT das heisse Eisen des Kampfes der Triquis für ihre Autonomie anfassen wird, ist völlig offen. Immer wieder hört man auch die Meinung, die stolzen aber auch etwas abgeschotteten Triquis könnten nur unter sich zu einer friedlichen Beilegung der Konflikte kommen, dass die Akteure von aussen bloss die Konflikte schürten.

Die langjährige Triqui-Konflikt mit seinen hunderten von Toten ist nur einer der zahlreichen ungelösten Konflikte in Oaxaca, wie die täglich unzähligen Manifestationen und Blockaden in Oaxaca-Stadt zeigen. Allein in den 72 Landkonflikten wurden dieses Jahr in Oaxaca schon mehrere Dutzend Menschen entführt, viele verletzt oder getötet. Auch werden weitere Gemeinden ebenfalls durch paramilitärische Gruppen belagert. Hinzu kommen angesichts der Wahlniederlage interne Abrechnungen innerhalb des PRI-Apparates. Die nächsten Monate der Zersetzung der staatlichen (PRI-)Macht werden schwierig und wohl auch gewalttätig werden. Auch scheint ein wirklicher Neuanfang unter der Regierung Cué gegen den entschlossenen Widerstand der PRI-Strukturen mehr als fraglich. Unsere kritische Solidarität mit den sozialen Bewegungen Oaxacas ist zu diesem Zeitpunkt besonders wichtig.
Text: Philipp Gerber

Nachruf für Bety Alberta Cariño

Bety Cariño Trujillo, war seit mehr als 15 Jahren eine Verteidigerin der Menschenrechte. Sie leistete kommunitäre Begleitungsarbeit in der Region der Mixteca, bei der sie Weiterbildungen für die indigene Bevölkerung der Region gab und den Frauen in der Zone Solidarität und Begleitung für die Verteidigung ihrer Rechte anbot.

Ebenso förderte sie die Schaffung von Netzwerken solidarischer Ökonomie in verschiedenen Gemeinden der Zone und erreichte gemeinsam mit verschiedenen weiteren Organisationen die Schaffung des Red de Radios Indígenas Comunitarias del Sureste Mexicano. Aktuell hatte sie die Begleitung einer internationalen Organisation des Schutzes für Verteidiger_innen der Menschenrechte aufgrund des Risikos bei der Ausübung der Arbeit in der Verteidigung der Rechte der indigenen Bevölkerung übernommen.

Bety wird als unermüdliche Compañera und Kämpferin in unserer Erinnerung bleiben, welche ihr Leben bei der Begleitung einer humanitären Karawane verloren hat, die die Verbesserungen für die Marginalisierten ersuchte. Sie war eine zuverlässige, engagierte und unermüdliche Compañera, die unsere Kämpfe mit ihrem Mut begleitete. Dies veranlasst uns, nicht aufzugeben bis wir Gerechtigkeit und die Bestrafung für diesen barbarischen und brutalen Gewaltakt der paramilitärischen Gruppe erlangen, die diese Tat verübte und welche unter der Obhut der Regierung des Staates Oaxaca handelte.

Centro de Apoyo Comunitario Trabajando Unidos A.C. (CACTUS)
Red de Radios Indígenas Comunitarias del Sureste Mexicano
Alianza Mexicana por la Autodeterminacion de los Pueblos (AMAP)

Nachruf für Jyri Antero Jaakkola

Geboren am 11. Februar 1977 in Joensuu, Finnland
Ermordet am 27. April 2010 in San Juan Copala, Oaxaca, Mexiko

Am Dienstag, den 27. April 2010 wurde Jyri Antero Jaakkola in Oaxaca/ Mexiko von Paramilitärs ermordet. Jyri war unser Compañero und Freund. Er war Anarchist und Aktivist in den Bereichen Umwelt und globale soziale Gerechtigkeit. Vor allem arbeitete er zu den Fragen Klimawandel und solidarischer (Aus-)Tausch und Handel.

Er war als internationaler Beobachter einer Friedenskarawane auf dem Weg in die autonome Gemeinde San Juan Copala im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca. San Juan Copala wird seit Mitte Januar 2010 von paramilitärischen Gruppen belagert. Die Karawane, bestehend aus mehreren Fahrzeugen, geriet in einen Hinterhalt. Die Paramilitärs eröffneten das Feuer auf die Karawane und erschossen Jyri und die Menschenrechtsverteidigerin Beatriz Alberta "Bety" Cariño Trujillo der Organisation CACTUS.

Jyri ist für sein Engagement für den Frachtsegler „Estelle“ bekannt, wobei er sich mit Umwelt- und Entwicklungsfragen und kritischem Konsum im Allgemeinen beschäftigte. Unter anderem kam er mit der „Estelle“ zu den Gegenaktivitäten zum G8-Gipfel in Heiligendamm, er war auch Crewmitglied beim „Estelle“-Besuch am Altonaer Fischmarkt in Hamburg ein Jahr später. Er setzte auf weitreichende und radikale Kritik an klimabezogenen Themen, wobei er in erster Linie in dem Netzwerk Hyökyaalto (Rising Tide) aktiv war. Der andere Schwerpunkt seiner politischen Arbeit verband ihn mit der Weltladenbewegung in Finnland. Sein Verständnis von fairem Handel ging in Richtung eines solidarischen Handels. In diesem Zusammenhang ergriff er im Jahr 2008 die Initiative, Verbindungen mit dem europäischen Kaffee-Netzwerk „Red pro Zapa“ und den zapatistischen Bauernkooperativen im Widerstand herzustellen, um den Import und Vertrieb von zapatistischem Kaffee in Finnland zu beginnen. Diese Initiative ist letztes Jahr erfolgreich umgesetzt worden, als unterschiedliche finnische Aktions- und Soligruppen mit Welt- und Bioläden Anfang 2009 zusammenkamen, um die Kaffee-Importgruppe „Café Caracol“ zu gründen. Auch nach dem Mord von Jyri werden die Aktivitäten von „Café Caracol“ fortgesetzt und die zweite Lieferung von zapatistischem Kaffee aus Chiapas erreichte im August 2010 Finnland.

Jyri war für uns eine außergewöhnliche Person. Kennzeichnend für ihn war, dass er leicht Freundschaften mit allen möglichen Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen und Lebensbereichen schließen konnte. Es war leicht, ihm zu vertrauen. Er war ein facettenreicher und liebenswürdiger Mensch, den seine Freund_innen auf unterschiedlichste Weise kannten. In seinem Fall ist es keine Übertreibung zu sagen, dass er Freund_innen überall dort hatte, wo er vorbeikam: von Finnland über Schweden und Deutschland bis in die Niederlande, von Angola über Bangladesch nach Mexiko.

Er war ein prinzipientreuer und engagierter Mensch, der sich bewusst war, dass es bei der Solidarität mit Menschen, die in Verhältnissen von Unterdrückung und Ausbeutung in weit entfernten Ländern leben, um mehr als „nur“ Rhetorik geht. Für ihn war es auch ganz klar, dass wir hier in dem globalen Norden wesentlich privilegierter leben und das unsere Lebens- und Konsumweisen zutiefst mit lokalen und globalen Systemen von Herrschaft und ungleichen Kräfteverhältnissen verflochten sind. Für Jyri waren die Revolutionen vor allem in den alltäglichen Abläufen zu finden. Er bemühte sich im Hier und Jetzt für eine bessere Welt. Er war nicht nur Theoretiker, der auf den zukünftigen Tag der Revolution wartet, auch ein Karrieretyp war er nicht -höchstwahrscheinlich wäre er auch nie einer geworden, trotz guter Voraussetzungen. Denn er wusste, dass weder die Welt noch er perfekt waren und nie perfekt werden können.

Trotz seiner hohen Grundsätze war er ein entspannter und gefühlvoller Mensch, manchmal ein mentaler Hippie , der nicht todernst war -obwohl er viele Sachen ernst nahm. Er konnte sich☺ an Vielem erfreuen: Capoeira, gutem Essen, Jogging, Fussball -sowohl spielen als auch zuschauen- und gemeinsame Zeit mit seinen Freund_innen verbringen.

Er wird immer in den Herzen der Menschen leben, die ihn die ihn kennenlernen durften.

Jocke, Mervi
und das Cafe Libertad Kollektiv

Menschenrechtsbeobachtung nach San Juan Copala

Ein Interview mit Dagmar Seybold von CAREA e.V.

CAREA e.V. bereitet Menschenrechtsbeobachter_innen aus Deutschland auf die zivilen Friedenscamps des Menschenrechtszentrums "Fray Bartolomé de las Casas" in Chiapas vor.

TyL: Nach unserem Stand ist der Angriff auf die Friedenskarawane nach San Juan Copala der erste Vorfall in Mexiko, bei dem wissentlich eine Gruppe angegriffen wurde, an der Journalist_innen und auch internationale Beobachter_innen teilnahmen. Hat sich in Folge dessen die Einschätzung der Rolle und der Möglichkeiten internationaler Beobachtung geändert?

D.S.: Ich denke nicht, dass es wirklich der erste Angriff dieser Art ist. Es gab in den letzten 10 Jahren immer wieder Angriffe auf soziale Bewegungen, bei denen nicht nur die Bevölkerung vor Ort zu Schaden kam. Sowohl in Atenco wie auch in Oaxaca haben Polizeikräfte auch Internationale verletzt, verhaftet und ausgewiesen. Ähnliches gab es auch Ende der 90er Jahre, vor allem in Chiapas. Ob sich die Bedingungen für die Beobachtung geändert haben? Mexiko kann man in dieser Hinsicht nicht als einheitliches Gebilde betrachten. Es gab schon immer Regionen, in die sich Internationale nicht haben vorwagen können, in die sich auch Vertreter_innen von mexikanischen Menschenrechtsorganisationen nicht vorgewagt haben. Und die Region der Triqui und insbesondere San Juan Copala ist seit Jahren eine solche Region. Insofern ist es nicht sehr überraschend, dass die Karawane angegriffen worden ist. In den Monaten vorher wurden dort schon zahlreiche Bewohner_innen getötet. Und wenn schon der Staat argumentiert, dass es keine Sicherheit gebe und die Polizei argumentiert, sie traue sich nicht in die Region, dann sind die Bedingungen nicht gegeben, dass da internationale Beobachter_innen einen Schutz darstellen.

Das ist nicht nur in der Region Triqui so; auch z.B. in der Region Loxicha in Oaxaca und auch in Chiapas gibt es immer mal wieder Regionen in denen das Gewaltniveau so hoch ist, dass man nicht einfach internationale Beobachter_innen hinschicken kann. Insofern hat dieser Vorfall nicht eine unmittelbare Bedeutung für alle Arten von internationaler Beobachtung. Zumal solch eine Karawane als eine einmalige Aktion unter ganz anderen Bedingungen stattfindet als eine internationalen Beobachtung, die eingebettet ist in langjährige Strukturen die permanent eine Sicherheitsanalyse machen und zu einer Region arbeiten und somit auch bessere Strukturen haben, um Notfallarbeit zu machen.

Was sind die wichtigen Unterschiede zwischen der Situation in Chiapas und Oaxaca?

Kennzeichnend für weite Gebiete von Chiapas ist, dass es recht klare Akteure gibt. Auf der einen Seite die zapatistische Bewegung und auf der anderen Seite der mexikanische Staat, dazu verschiedene Gruppierungen, die mit der einen oder anderen Seite sympathisieren. Das ist ein relativ einheitlicher Konfliktverlauf. In Oaxaca war es schon immer viel kleinteiliger. In Oaxaca gibt es über 500 Landkreise und in jedem Landkreis wird um die Macht gestritten. Auch die Organisationen sind viel uneinheitlicher, sind stärker untereinander zerstritten als es in Chiapas der Fall ist. Zudem hat in Oaxaca erst in diesem Jahr die Opposition auf Landesebene die Wahlen gewinnen können. Seit den 20iger Jahren war hier durchgehend die PRI an der Macht, während in Chiapas schon seit einigen Jahren die PRD regiert. Der Unterschied ist zwar eher graduell, aber es ist schon ein Unterschied, denke ich.

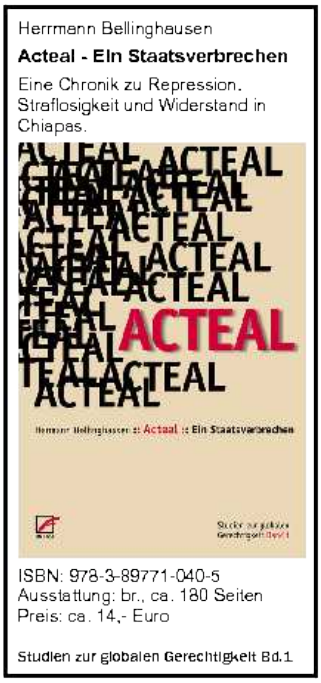
Hat dieser Angriff Auswirkungen auf die Arbeit von CAREA oder deren Partnerorganisationen?

Wir haben natürlich analysiert ob dieser Übergriff auch mit Chiapas im Zusammenhang steht. Aber wir denken, dass er sich eher aus lokalen Faktoren erklären lässt und gehen nicht davon aus, dass dies in Chiapas auch möglich wäre. Ich denke, es ist eben auch kein Zufall, dass dies in Oaxaca passiert ist, dort, wo 2006 schon einmal ein internationaler Aktivist zu Tode kam. Aber wir haben natürlich die Sicherheitslage in Chiapas nochmals genau angesehen. Wir legen den Leuten, die wir für Chiapas vorbereiten, auch dringend ans Herz, nicht auf eigene Faust - ohne Rückhalt von starken Organisationen - in alle möglichen Regionen von Chiapas oder in andere Bundesstaaten zu fahren. Dafür ist einfach schon seit Jahren die Sicherheitslage zu heikel.

Wie waren aus deiner Sicht die internationalen Reaktionen auf diesen Angriff? Und wie haben diese in Mexiko gewirkt?

In Mexiko gab es grosse Proteste und eine grosse Öffentlichkeit. In Deutschland gab es kaum Öffentlichkeit. In den Massenmedien war es quasi kein Thema. Diese schwache Reaktion hat auch damit zu tun, dass die Deutsche, die an der Karawane beteiligt war, nicht in Organisationen eingebunden war. So gab es niemanden, der direkten Kontakt hatte, und somit Notfallarbeit machen konnte. Aber obwohl wir an dieser Karawane nicht beteiligt waren, haben wir natürlich gegen diesen Übergriff protestiert und dazu Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyarbeit gemacht.

Stark reagiert haben finnische Organisationen, die einfach direkter betroffen waren. Auf dieser Ebene gab es auch Aktivitäten im EU-Parlament. In Mexiko waren es vor allem die europäischen Botschaften, die sehr aktiv geworden sind.



Hast du den Eindruck, dass die Proteste in Mexiko ein Echo gefunden haben?

Es wird sich zeigen ob es eine Aufklärung und eine Bestrafung der Täter geben wird. Die mexikanische Regierung argumentiert, sie habe von der Karawane nichts gewusst. Einmal fiel sogar das Wort es wäre ein „Unfall". Da kann man nicht sagen, dass der Staat zu seiner Verantwortung steht.

Ist diese Regierung in Mexiko überhaupt empfänglich für internationalen Druck? Sorgt sie sich um ihr Image? Oder geht gerade eh alles im Blutbad des "Krieges gegen die Drogen" unter?

Ich denke die mexikanische Regierung ist nicht weniger auf ihren guten Ruf bedacht als vorher. Allerdings haben Menschenrechte eine viel geringere Priorität im Vergleich zu der Vorgängerregierung unter Fox. Es ist tatsächlich so, dass mit der Bekämpfung des Drogenhandels, dem sogenannten „Krieg gegen den Narco" Militarisierung und Menschenrechtsverletzungen legitimiert werden, dass auch Tötungen legitimiert werden. Es werden wöchentlich dutzende von Menschen getötet und es ist nicht mal möglich, durch unabhängige Personen oder Jornalist_innen zu recherchieren, wer da genau getötet wird. Mit der Behauptung: „das waren alles Verbrecher" wird das legitimiert und dann wird auch nicht weiter nachgefragt. Es gibt so viele Tote, eine solche Normalisierung von Gewalt, eine Gewöhnung an Gewalt. Dadurch fällt es nicht mehr besonders auf, wenn verstärkt soziale Organisationen, Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen angegriffen werden.
Viele Regionen Mexikos wurden total militarisiert, dort hat das Militär die Kontrolle übernommen und geht gegen die Zivilbevölkerung vor. Die große Angst ist, das dies auch in Chiapas passieren könnte, dass versucht werden könnte die Zapatisten als Narcoguerilla zu verkaufen, soziale Organisationen als organisierte Kriminalität, um dann militärisch gegen die Zapatisten vorzugehen.

Möchtest du zu deiner Sicht der Lage in Mexiko noch etwas ergänzen?

Es gibt tatsächlich eine starke Zunahme an Gewalt im öffentlichen Raum und eine Brutalisierung der Situation und Gewalttaten wie man sie vorher nicht kannte. Beispiel: ein Attentat mit Handgranaten, Gefechte wo Granatwerfer eingesetzt werden, Bomben, Massentötungen, Massengräber. Und alle fragen sich, wie das noch weitergehen kann. In diesem Klima der Gewalt ist es sehr schwierig, sich kritisch mit Militarisierung zu beschäftigen und mit dem Krieg gegen die sogenannten Drogen. Auch soziale Organisationen und Menschenrechtsverteidiger und -anwälte werden kriminalisiert. Journalist_innen sind sehr eingeschränkt in ihrer Berichterstattung und das macht die Lage sehr schwierig.

Wie sieht es zur Zeit mit der Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas aus?

CAREA macht jetzt seit 12 Jahren Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas und wir haben schon den Eindruck, dass sich in den letzten zwei Jahren die Bedingungen dafür auf verschiedenen Ebenen verschlechtern. Zum Einen werden Organisationen stärker kriminalisiert. Unsere Partnerorganisation, das Menschenrechtszentrum Fray Bartolome, wird kriminalisiert, etwa durch hanebüchende Anzeigen gegen seinen Direktor Diego Cadenas. Es gab letztes Jahr erstmals seit mehreren Jahren einen körperlichen Angriff auf einen Anwalt des Zentrums. Es gibt eine verstärkte Überwachung durch Autos mit verdunkelten Scheiben ohne Nummernschilder. In den Zeitungen erscheinen Hetzartikel gegen die ausländische Präsenz und es gibt verstärkte Kontrollen und auch Einschüchterungen von Ausländer_innen und Menschenrechtsbeobachter_innen in der Region San Cristobal. Dazu kommt die Ankündigung, verschärft die Visa-Bedingungen von Beobachter_innen zu kontrollieren. Wir führen unsere Arbeit weiterhin durch, halten die Sicherheitslage aber für schwieriger als vorher.

Findest du, das diese Arbeit auch unter den verschärften Bedingungen weiter sinnvoll ist?

Also, es gab weiterhin keinen Angriff auf zapatistische Gemeinden im Konfliktgebiet in Chiapas während Beobachter_innen von FrayBa vor Ort waren und es gibt weiterhin Gemeinden, die sehr froh sind über die Beobachter_innen, so dass wir dort sehr herzlich empfangen werden. Und ich kann weiterhin sagen, wenn man sich den Einsatz als Menschenrechtsbeobachter_in nach einer intensiven Vorbereitung durch CAREA oder einer der anderen Organisationen oder Gruppen zutraut, kann es eine sehr spannende, interessante und lehrreiche Erfahrung sein, die auch Hoffnung macht und Kraft spendet für das eigene Engagement.

Aktuelle Info von "Fray Bartolomé de las Casas" zu Spionage und Überwachung: http://www.frayba.org.mx/archivo/boletines/100823_14_persecusion_a_defensores.pdf

Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas

CAREA e.V. ist aktiv in der Vorbereitung und der Entsendung von Menschenrechtsbeobachter_innen für die zivilen Friedenscamps nach Chiapas und für die Vorbereitung der Begleiter_innen für das internationale Begleitprojekt in Guatemala.

Nächstes Vorbereitungsseminar für Chiapas:
2. - 5. und 16. - 19. Dezember 2010
Teilnahmebeitrag: 140 € (zzgl. Fahrtkosten)

CAREA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin,
Tel/fax: 030 - 42 805 666, Mail: info@carea-menschenrechte.de
http://www.carea-menschenrechte.de

Dokumentation der Ereignisse an dem Beobachtungsposten einer Gemeinde in Chiapas. Foto:Rosa

Freispruch für die letzten Atenco-Gefangenen

Ungewöhnliches Urteil des Obersten Gerichtshofs nach monatelanger Solidaritätskampagne

'Durch die Untersuchung ihres Falles haben wir festgestellt, dass sie nicht der Entführung schuldig sind, sondern Opfer dieses Deliktes wurden.'

Der Oberste Gerichtshof Mexikos hat am Mittwoch die sofortige Freilassung von zwölf inhaftierten Aktivisten der »Gemeindefront zur Verteidigung der Erde« (FPDT) angeordnet.

Den Aktivisten wurde im Mai 2006 die Entführung von Staatsfunktionären vorgeworfen und ein Gericht des Bundesstaates Mexikos, der an die Hauptstadt grenzt, hatte die Betroffenen zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Besonders überraschend kam daher die Freilassung von Ignacio del Valle, der als mutmaßlicher »Rädelsführer« zu 112 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, die übrigen zu Strafen zwischen 30 und 67 Jahren. Die FPDT, ein Zusammenschluss mehrerer kleinbäuerlicher Gemeinden, hatte 2002 den Bau eines neuen internationalen Flughafens nahe Mexiko-Stadt verhindert. Damit zog sie sich den Unmut der Regierung und der interessierten Unternehmerschaft zu, die vom Bau des Flughafens, der Hotels und Industriekomplexe profitiert hätten.

Im Mai 2006 wurde die FPDT nach einer Straßenblockade in Solidarität mit Kleinhändler_innen und der kurzfristigen Festsetzung von Funktionären – in Mexiko eine alltägliche Protestpraxis – Opfer massiver staatlicher Repressionen. Die Menschen wehrten sich zwar gegen die Polizei, aber der Saldo der Geschädigten fiel höchst unausgewogen aus: Zwei Aktivisten wurden getötet, Hunderte festgenommen und gefoltert, 30 Frauen sexuell misshandelt oder vergewaltigt, Dutzende Häuser völlig zerstört. Keiner der über 3000 daran beteiligten Polizisten wurde bisher bestraft.

Das Oberste Gericht erklärte die damaligen Vorwürfe nun für unangemessen, da illegale Beweise für Delikte vorgebracht worden seien, die die Angeschuldigten nicht begangen hatten. Die Angehörigen reagierten erleichtert, bleiben aber skeptisch.

Noch am Vortag hatten über 3000 Menschen vor dem Sitz des Gerichts unter massivem Polizeischutz lautstark demonstriert. Die Kundgebung war Schlusspunkt einer 16-monatigen Solidaritätskampagne zur Freilassung der letzten zwölf Gefangenen. »Mein Mann Ignacio ist unschuldig«, so Trinidad del Valle, »er ist ein Gefangener des Staates, weil er unsere Gemeinden verteidigt hat.«

Eine Besonderheit der Atenco-Kampagne ist die ungewöhnliche Breite des Bündnisses, das von Unterstützer_innen der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN über Aktivist_innen der bedeutenden Lehrer_innen-, Elektrizitätsarbeiter_innen- und Minenarbeiter/innengewerkschaften bis hin zu Intellektuellen, Studierenden, Filmschaffenden und Künstler_innen reicht – eine Seltenheit in der mexikanischen Linken. Sprecher_innen der Atenco-Kampagne kündigten derweil an, dass der Kampf für die Bestrafung der Vergewaltiger und Folterer auf Seiten der Polizei friedlich, aber entschlossen weitergeführt wird.

Luz Kerkeling
Mexiko-Stadt, 2.7.2010

ROTE HILFE
SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!
www.rote-hilfe.de

Das zähe Ringen um Autonomie

Europäische Solidaritätsbrigade dokumentiert Erfolge der zapatistischen Bewegung

Die Ziele der europäischen Solidaritätsbrigade in Chiapas waren klar gesteckt: Einerseits die Repression gegen die linksgerichtete zapatistische Bewegung und andererseits die jüngsten Fortschritte in dem indigen geprägten Aufstandsgebiet zu dokumentieren.

Es war ein kleiner Marathon durch Hochland-Nebelbänke, tropische Regenfälle und Hitze. Vom 5. bis zum 16. Juli bereiste eine Solidaritätsbrigade mit Delegierten von verschiedenen Kollektiven und Organisationen aus Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und Spanien die fünf zapatistischen Aufstandsregionen in Chiapas. Die Hochburgen der Zapatistas befinden sich im zentralen Hochland, im Norden und im Osten des Bundesstaates. Rund 1000 Dörfer schließen sich zu Dutzenden autonomen Landkreisen zusammen, die wiederum von fünf so genannten Caracoles (Schneckenhäusern) koordiniert und verwaltet werden.

Basisdemokratie ist nicht nur ein Wort

Ein zentrales Charakteristikum der Bewegung ist, dass alle Funktionsträger_innen jederzeit abgesetzt werden können, wenn sie nicht den Willen der Bevölkerung umsetzen. Dieser basisdemokratische Anspruch – ein Ausnahmephänomen im hochkorrupten Mexiko – erklärt die anhaltende Unterstützung der Bewegung, die zwar nach wie vor unter prekären Bedingungen leben muss, sich aber um eine lebendige interne Demokratie bemüht.

Ein Sprecher des zapatistischen Verwaltungsrates von Roberto Barrios, in der Nähe der berühmten Ruinen von Palenque, berichtete der Brigade, dass es der Regierung und den lokalen Machthabern darum gehe, die Unterstützer_innen der Zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung (EZLN) von den 1994 besetzten Ländereien zu vertreiben, um dort in Zusammenarbeit mit multinationalen Unternehmen Tourismusprojekte und Monokulturen wie die Ölpalme zur Herstellung von Agrosprit, zu installieren. Die Zusammenarbeit von staatlichen Sicherheitskräften und illegalen bewaffneten Banden wurde betont: »Die Paramilitärs sind weiterhin aktiv. Sie stehlen, organisieren Überfälle und vergewaltigen. Und später werden wir Zapatistas als Täter beschuldigt.« Immer wieder werden Übergriffe auf Zapatistas mit rassistischen Untertönen als Auseinandersetzung zwischen »unzivilisierten« Indígenas im Fernsehen und in Zeitungen platziert, um so weitere Militär- und Polizeieinsätze in der Region zu legitimieren. Noch immer ist Chiapas der am stärksten militarisierte Bundesstaat Mexikos, mit fatalen Folgen wie der Zunahme von Drogenkonsum, Umweltzerstörung, sexuali- sierter Gewalt und Prostitution.

Versuchter Ausverkauf des Widerstands

Die zapatistischen Autoritäten wiesen auch darauf hin, dass die Regierung Hilfsprogramme benutzt, um die Aktivist_innen mit Geschenken wie Saatgut, Dünger oder Baumaterialien regelrecht aus dem Widerstand her-

auszukaufen. »Das Geld ist derzeit die mächtigste Waffe der Regierung«, so die zivilen Vertreter_innen der EZLN, »aber wir wollen keine Almosen, wir wollen eine gerechte Welt«.

Die Brigade konnte auch spürbare Fortschritte im Territorium der Zapatistas feststellen, die nach wie vor keine Unterstützung vom Staat annehmen und unabhängige Parallelstrukturen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verwaltung, Rechtsprechung, Kultur, Kommunikation und Produktion aufbauen.

Ein Beispiel für die Bemühungen, die Situation in den Gemeinden zu verbessern, ist die Frauenklinik im Caracol La Garrucha, die nach der legendären Comandanta Ramona benannt ist, die sich innerhalb der EZLN konsequent für Frauenrechte eingesetzt hatte und 2006 verstorben war. »Wir haben hier vor Jahren zu zweit angefangen und inzwischen sind wir viele Frauen, die in den Dörfern und in der Frauenklinik arbeiten. Wir haben vor allem von den traditionellen Hebammen gelernt«, so eine Gesundheitspromotorin, die Hilfestellung in Sachen Gesundheit gibt. Mütter- und Kindersterblichkeit seien deutlich zurückgegangen. Inzwischen werde auch vermehrt über sexuell übertragbare Krankheiten und die Familienplanung gesprochen – ein Thema, das vor Beginn des Aufstands von 1994 undenkbar gewesen ist: »Wir gehen in die Gemeinden und machen Infoveranstaltungen. Den Männern gefällt das nicht immer, aber inzwischen haben sie eingesehen, dass die Frauen ihre Rechte haben«. Auch die Gesundheits

Treffen mit Promotoras der autonomen Frauenklinik

promotor_innen der anderen Zonen berichteten, dass es, obzwar noch viel fehle, spürbare Fortschritte gebe, vor allem durch Prävention und die Impfkampagnen für die zapatistischen Kinder.

Ökologischer Anbau für Ernährungssicherung

Darüber hinaus zeigte sich die Brigade davon beeindruckt, dass die Promotor_innen für Agrarökologie über profunde Kenntnisse des globalen Agrobusiness verfügen und hart daran arbeiten, die kleinbäuerliche Basis verstärkt vom ökologischen Anbau zu überzeugen, um »eine wirkliche Ernährungssouveränität« zu erlangen.

Einen anderen wichtigen Bereich stellen die Radio- und Videokollektive dar. Sie dokumentieren Aspekte wie das Wissen der Alten, die traditionelle Musik aber auch aktuelle Auseinandersetzungen und bilden nach Einschätzung der europäischen Brigade das »politische, kulturelle und soziale Gedächtnis der Bewegung«. Die Brigade unterstrich auf der abschließenden Pressekonferenz ihre Gemeinsamkeiten mit dem Zapatismus. Es gehe darum, »mit dem kapitalistischen Modell und seinen schlechten Regierungen Schluss zu machen«, da diese das Ende der Menschheit und der Natur bedeuteten.

Luz Kerkeling, San Cristóbal de las Casas, Chiapas, 27.7.2010

Die autonome Frauenklinik "Comandanta Ramona" im Caracol La Garucha
Fotos: www.europazapatista.org

Homepage der europäischen Solidaritätsbrigade:

Texte und Fotos vom rebellischen Zusammentreffen gesucht

Liebe Teilnehmer_innen am Rebellischen Zusammentreffen in Frankfurt, In der Au vom 7.-9.Mai 2010;

Ihr wisst ja, wir gehen langsam, weil wir weit gehen und so hat sich unser Schreiben an Euch um nur drei Monate verzögert. Ende Juni hatten wir auf dem Treffen des Ya-Basta-Netzes beschlossen, Euch allen zu schreiben, um Euch so verschiedenes wissen zu lassen.

1.Wir möchten gerne eine Art Reader erstellen, in dem Texte, Fotos, Eindrücke, Kritiken und ähnliches veröffentlicht werden können. Das heisst, wer auch immer Fotos gemacht hat, einen kurzen oder auch längeren Text schreiben möchte oder einfach ein paar Impressionen zu Papier bringen will: immer her damit.
2. Wir würden uns freuen, ein solches Rebellisches Zusammenkommen öfter zu machen, z.B. einmal im Jahr. Es schien uns nämlich, dass es den meisten großen Spass gemacht hat, dass aber leider viele Diskussionen nur angerissen worden sind und bei weitem nicht zu Ende geführt. Klar, das geht in so kurzer Zeit auch nicht, aber wir fänden es schön, wenn sich ein Prozess von links und unten entwickeln würde. Es war toll, dass so viele unterschiedliche Gruppen und Menschen zusammengekommen sind und miteinander geredet, gefeiert, gestritten und am Feuer gesessen haben. Es war für uns der Ausblick auf eine Welt, in der viele Welten Platz haben, in der Unterschiedlichkeiten nicht ausschliessend sind, aber auch nicht zugedeckt werden. In der wir streiten können, ohne uns gleich platt zu machen. In der selbst Dauerregengüsse und Kälte uns nicht davon abhalten können zu lachen, zu tanzen und miteinander zu kommunizieren.

Der zu erstellende Reader, der dann hoffentlich etwas schneller fertig wird als dieses Schreiben, wird auch noch eine Selbstdarstellung des Ya-Basta-Netzes und ein kleines Video vom Treffen enthalten.

Also durchwühlt Eure Kisten und Euer Gedächtnis und schickt uns bis spätestens 31.10.2010 Eure Texte und Fotos !
Per mail: cafe-antisistema@gmx.de
Per Post: Projekt Knotenpunkt
Taunusstrasse 16, 65824 Schwalbach

Wir danken Euch ganz herzlich für das schöne Treffen und hoffen, dass wir uns bald wiedersehen
Euer Ya Basta Netz

Für Solidarität und Umweltschutz

Die Genossenschaft 'Piedra Canteada'

Die Situation für die Menschen in den ländlichen Gebieten Mexikos ist nicht einfach. So auch in San Felipe Hidalgo, im Bundesstaat Tlaxcala.

Zwar wurde die Infrastruktur im Laufe der Jahre kontinuierlich verbessert, es gibt mittlerweile eine weiterführende Schule, eine kleine Klinik und weitgehende Versorgung mit Elektrizität. Schwierig stellt sich jedoch die ökonomische Situation dar. Spätestens durch die Folgen des NAFTA-Abkommens und dem damit einhergehenden Verfall der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, sind die ehemaligen Kleinbauern gezwungen, auf andere Weise ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Arbeit ist, auch in San Felipe, allerdings Mangelware. Aus diesem Grund machen sich Söhne und Töchter aus nahezu allen Familien auf den Weg nach Norden um ihr Glück in den Vereinigten Staaten und Kanada zu suchen, wo man mit etwas Glück als Helfer in der Landwirtschaft das Zehnfache eines mexikanischen Arbeiters verdienen kann. Ohne die Unterstützung ihrer Migranten wären die meisten Familien auf dem Land nicht überlebensfähig. Wer es nicht in die USA schafft oder auf seine Ausreisegenehmigung wartet, hat die Möglichkeit in der örtlichen Schuhfabrik zu arbeiten. Dort werden am Tag zehn Stunden gearbeitet. Der Lohn pro Woche beträgt 600 Pesos, umgerechnet ca. 40 Euro. Es ist in Mexiko unmöglich, von diesem Lohn eine Familie zu ernähren.

Eine Initiative, um die Verbesserung dieser Situation in die eigenen Hände zu nehmen, bildet die Genossenschaft 'Piedra Canteada'. Dieser Zusammenschluss von vormals 64, heute 46 Genossenschaftlern, bewirtschaftet ein 632ha großes Waldgebiet und hat den Umweltschutz und das Schaffen von Arbeitsplätzen für deren Mitglieder zum Ziel.

Die Ursprünge von 'Piedra Canteada' gehen bis in die 70er Jahre zurück. In dieser Zeit nutzten die Dorfbewohner dieses Gebiet u.a. zum Weiden ihrer Schafe und zum Sammeln von Brennholz. Der damalige Besitzer, ehemaliger Gouverneur (1937-40), Isidro Candia begrenzte jedoch immer wieder den Zugang der Dorfbewohner auf dieses Gebiet. Aus diesem Grund begannen mehr als 60 Gemeindemitglieder den politischen Kampf um den 'Monte' (Berg) - wie die Dorfbewohner sagen - als Ejido (Gemeindeland) anerkannt zu bekommen.

Um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen, suchte man Verbündete auf überregionaler Ebene, wie der Bauernorganisation CODUC. Es wurden Demonstrationen, Protestacamps und Besetzungen durchgeführt. Allerdings führten diese Aktionen bis in die 90er Jahre nicht zum Erfolg. Als dann im Jahre 1992 der Artikel 27 aus der mexikanischen Verfassung gestrichen wurde, schloss die damalige Gouverneurin Beatriz Paredes, die Landverteilung auf politischem Wege kategorisch aus. Allerdings eröffnet sie die Möglichkeit, die betreffende Landfläche mit Hilfe von Krediten zu kaufen. Diese Variante hat auch Vorteile, wie Martín Morales, der Präsident der Genossenschaft betont, da Eigentum mehr Rechtssicherheit als die Verfügung über ein Ejido bietet.

Waldarbeiter von 'Piedra Canteada' Foto: Weber

Der Kauf des Geländes bietet nun die Möglichkeit einer vielfältigen Nutzung. Die Holzgewinnung wird unter eigener Verantwortung der Mitglieder organisiert und durchgeführt. Ein eigenes Sägewerk ermöglicht die Weiterverarbeitung des geschlagenen Holzes und somit die Schaffung von mehr als einem Dutzend Arbeitsplätzen. Die Genossen wehren sich gegen die zu Beginn erhobenen Vorwürfe, sie würden den Wald in wenigen Jahren bis auf den letzen Baum abholzen, wie das so oft in Mexiko zu beobachten ist. Tatsächlich wird eine nachhaltige Forstwirtschaft betrieben.

Denn neben dem Interesse den Wald zu nutzen, wird das Interesse betont, auch nachfolgenden Generationen eine intakte Umwelt zu hinterlassen.

So werden nur ältere, weniger robuste Bäume gefällt, und für jeden gefällten Baum werden 10 bis 15 neue Bäume gepflanzt. Ein Ingenieur der Forstwirtschaft steht der Genossenschaft dabei mit seinem Wissen zur Seite, auch bei der Prävention von Waldbränden. Sehr stolz erzählt man uns, dass es früher immer wieder zu Waldbränden kam. Seit dieser Wald in der Obhut von 'Piedra Canteada' ist, sind jedoch keine Feuer mehr aufgetreten. Diese beachtlichen Erfolge haben mittlerweile auch zu einer gewissen Anerkennung bei den örtlichen Behörden geführt.

Zu 'Ejido' und Artikel 27 der mexikanischen Verfassung:

Dieser Artikel war eine Errungenschaft der mexikanischen Revolution und besagt, dass sich Land und Wasser prinzipiell im Besitz der Nation befinden sollen, und dass der Staat das Recht habe, die Verfügung darüber an private Akteure oder Gemeinden zu übertragen. Ein Ejido ist das, sich in staatlichem Besitz befindende, durch die Gemeinden benutze Land. Durch die 1992 vorgenommen Streichung des Artikels 27 wurde sowohl die Landverteilung unmöglich gemacht, sowie Ejido-Land in Privatbesitz überführt.

Trotz dieser Anerkennung befürchten die Genossen ein mögliches Baumfällverbot durch die mexikanische Politik, was einen immensen ökonomischen Schaden bedeuten würde – ein Beispiel dafür, wie vermeintlicher Umweltschutz sich gegen die Interessen der lokalen Bevölkerung richten kann. Mit aus diesem Grund wird nach weiteren Wirtschaftszweigen gesucht. So wurde 2002 behutsam damit begonnen, einen nachhaltigen Ökotourismus zu etablieren. Ökotourismus ist in Mexiko bei sozialen Bewegungen und Menschenrechtsgruppen nicht unumstritten, da oftmals große Tourismuskonzerne diesen für sich monopolisieren. Die einheimische Bevölkerung wird dabei von ihrem Land vertrieben, und von den Gewinnen ausgeschlossen (vgl. Chiapas). In dieser Hinsicht ist 'Piedra Canteada' als ein positives Beispiel zu nennen, da Organisation und Durchführung, sowie die bescheidenen Gewinne in den Händen der lokalen Bevölkerung verbleiben. Die Genossen, welche in den eigenen Bettrieben arbeiten verdienen zwar nur etwas mehr als die Menschen in der lokalen Schuhfabrik, haben jedoch den Vorteil eines würdigen und selbstbestimmten Arbeitsplatzes.

So werden in der Genossenschaft die wichtigsten Entscheidungen in den viermonatig stattfindenden Versammlungen durchgeführt. Sonst besteht die Organisation aus drei Komitees: dem Vorstand, dem Schutzkomitee und dem Finanzkomitee. Deren Repräsentanten werden auf zwei Jahre gewählt und sind bei nicht zufriedenstellender Ausführung ihrer Ämter jederzeit absetzbar.

Martin Morales: Vorsitzender von 'Piedra Canteada' (Foto: Weber)

Der Wandel vom Bauern zum Forstwirt, bzw. zum Dienstleister im Tourismus ist nicht immer leicht, und es werden auch Fehler gemacht, wie Martin der Präsident betont. Es ist zu bedenken, dass die meisten Genossen lediglich eine Bildung auf dem Niveau der Grundschule erfahren haben. Als eine Folge der Unerfahrenheit wurden Fehler in der Buchführung begangen, welche den Verdacht der illegalen Abholzung aufkommen ließen. Politische Gegner wussten dies auszunutzen und erwirkten die Schließung des Sägewerkes. Mittlerweile wurde 'Piedra Canteada' zwar von diesem Vorwurf freigesprochen, ein ökonomischer Schaden bleibt allerdings bestehen.

Auch gibt es immer wieder interne Konflikte, welche den Zusammenhalt der Genossenschaft auf die Probe stellen. Aufgrund solcher Konflikte haben in jüngster Zeit ca. 15 Genossen 'Piedra Canteda' verlassen. Teils freiwillig, teils durch Ausschluss.

Trotz dieser Schwierigkeiten bleibt 'Piedra Canteada' eine lebendige Genossenschaft und es wird eifrig an Weiterentwicklungen gearbeitet. Im Bereich des Tourismus steht man im Kontakt mit Schulen und Universitäten, um neben dem Erholungsangebot auch einen umweltpädagogischen Schwerpunkt zu setzen. Im Bereich der Holzverarbeitung soll die Produktpalette durch die Herstellung eigener Möbel erweitert werden.

Wie man sieht, bietet diese Form der Nutzung natürlicher Ressourcen einen interessanten Mittelweg zwischen brachialer Abholzung auf der einen oder ausschließendem Umweltschutz auf der anderen Seite. Auch zeigt dieses Beispiel, das Ökotourismus nicht nur durch große Konzerne zu realisieren ist, sondern dass auch die lokale Bevölkerung durchaus in der Lage ist, nachhaltig und sozial ausgewogen mit ihren Ressourcen umzugehen.

Bleibt zu hoffen, dass die Genossenschaft 'Piedra Canteada' ihren bisherigen Geist beibehält und nicht der Verlockung des schnellen Geldes verfällt. Große Konzerne wie Coca Cola haben schon mehrmals ihre Beteiligung angeboten, wohl wegen der vorhandenen Süßwasservorkommen. Ein weiterer Interessent wollte sogar den Berg für 5 Milliarden Pesos (3,3 Millionen Euro) erwerben. Das Angebot wurde zwar abgelehnt, es ist jedoch klar, dass eine solche Menge Geld für eine arme Bevölkerung immer wieder eine immense Verlockung bedeutet.

Samuel Weber
Juni 2010

Tlaxcala

Der Bundesstaat Tlaxcala liegt im Zentrum der mexikanischen Republik und wird von den Bundesstaaten, Mexiko, Hidalgo und Puebla umschlossen. Mit 3 987.943 Quadratkilometern, was 0.2% der Fläche von Mexiko ausmachen, gilt Tlaxcala als kleinster Staat im Mexiko. Mit einer durchschnittlichen Höhe von 2230 Metern über dem Meeresspiegel zeichnet er sich durch gemäßigte klimatische Bedingungen aus. Die bedeutendsten Wirtschaftszweige sind die Land- und Forstwirtschaft sowie der Tourismus. Jedoch war in den letzen Jahren ein Wachsen des industriellen Sektors festzustellen.

Der kleine Ort San Felipe Hidalgo befindet sich im äußersten Nordosten Tlaxcalas. Die nächstgelegene Stadt ist Nanacamilpa (vgl. Karte).

„La Isla“ - Archive einer Tragödie

Der Filmemacher Uli Stelzner gibt mit seinem neuesten Dokumentarfilm einen berührenden Einblick in die aktuell stattfindende Aufarbeitung der guatemaltekischen Geschichte.

Im Jahr 2005 wurde nach einer Explosion in der Hauptstadt von Guatemala zufällig das geheime Archiv der Nationalpolizei entdeckt, an dem sich 80 Millionen Dokumente befanden, die die Morde und Folterungen des Militärs und der Polizei festhalten, die über 36 Jahre lang an der überwiegend indigenen Bevölkerung in Guatemala begangen wurden.

In bürokratisch knappen Eintragungen ist die Festnahme tausender Menschen festgehalten, die anschließend stattgefundenen Verhöre, Folterungen, sowie ihr Tod. Viele, die in die geheimen Folterkammern der politischen Polizei gerieten, wurden grausam geschunden, und als Person X (=unbekannt), nachts auf den Friedhöfen der Stadt verscharrt, andere wurden über dem offenen Meer oder über Vulkankratern abgeworfen.

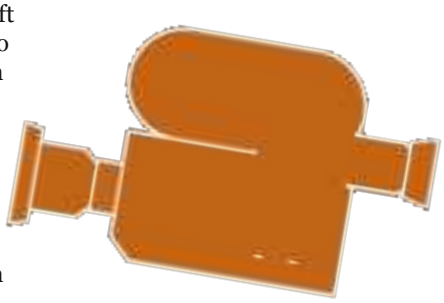
Von den hunderttausenden Menschen, die während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verschleppt und ermordet wurden, fehlte von 45.000 Menschen bis heute jede Spur. Für die Angehörigen dieser sogenannten „Verschwundenen“ bietet die Auswertung der gefundenen Dokumente nun endlich die Möglichkeit, das Schicksal ihrer Familien aufzuklären und die Täter anzuklagen.

Bisher wurden aus Mangel an Beweisen, so von offizieller Seite, keine Täter überführt und bestraft. Es gebe keine Unterlagen, so die zynische Auskunft zuständiger Regierungsstellen und so gehören bis heute viele der Täter zum politischen und gesellschaftlichen Establishment Guatemalas.

Seit einem Jahr ist das Archiv der Nationalpolizei „La Isla“ („die Insel“) der Öffentlichkeit zugänglich und etwa die Hälfte der Akten sind digitalisiert.

Uli Stelzner ist der erste Filmemacher, der in den Räumlichkeiten des Archivs filmen durfte. Trotz der dramatischen Thematik des Films und der trostlosen Umgebung, in dem der Film entstanden ist, gelang es ihm, einen sehr mitreißenden, interessanten und von seinen Aufnahmen her ästhetischen Film zu produzieren. Sensibel und berührend lässt er verschiedene Menschen zu Wort kommen: Mitarbeiter des Archivs, die über ihre Arbeit berichten und z.T. bei der Durchsicht der Dokumente auf Angaben über eigene Familienangehörige stoßen, sowie Angehörige von Verschwundenen, die in der Hoffnung auf eine Klärung über deren Verbleib, das Archiv aufsuchen.

Historische Aufnahmen, bei denen z.B. die herumfahrenden Pick-ups der Todesschwadronen oder wahllose Verhaftungen zu sehen sind und die in den 70/80er Jahren im europäischen Fernsehen ausgestrahlt wurden, werden ebenfalls gezeigt, sowie geheime Briefe des US-Außenministeriums vorgelesen.



In Guatemala selbst ist der Film auf große Resonanz gestoßen. Im April diesen Jahres wurde „La Isla“ im 2000 Menschen umfassenden Nationaltheater in Guatemala-Stadt erstmals gezeigt und war drei mal hintereinander ausverkauft. Dass der Film jedoch auch Unmut in gewissen Kreisen ausgelöst hat, zeigen nicht zuletzt verschiedene Versuche, die Aufführung des Films zu verhindern. So gab es eine Bombendrohung im Nationaltheater und der Strom wurde kurzfristig gekappt.

Beim Dokumentarfilm-Festival in München Anfang Mai erhielt der Film den Mimikri Media Förderpreis. Des weiteren wurde er beim Silberdocs-Festival in Washington Ende Juni für zwei Preise nominiert: für den Witness Award für Dokumentationen über Menschenrechtsverletzungen und soziale Gerechtigkeit sowie für den Cinematic Vision Award für herausragendes und innovatives Storytelling. In Deutschland ist der Film in verschiedenen Kinos zu sehen, u.a. bei der Globale Mittelhessen Ende Oktober.

Deutschland, Guatemala 2009, 85 min., OmU.,
Buch und Regie: Uli Stelzner
Trailer und mehr zum Film unter: www.iskacine.com und www.ohnegepaeck.de

Die Anderen Geschichten
Los Otros Cuentos

Buch / Hörbuch

Erzählungen von Subcommandante Marcos in Neuerscheinung

Etwas Besonderes. Etwas für Augen und Ohren, für Geist und Herz. Es ist ein Knotenpunkt in der Vernetzung zwischen verschiedenen Welten dieser Welt, in der wir leben.

Etwas Besonderes - das war mein erster Gedanke, als ich das Buch vor fast zwei Jahren das erste Mal in den Händen hielt, damals in der argentinischen Originalfassung. Eine äußerst ansprechende Hardcover-Ausgabe illustriert mit zahlreichen Farbfotografien aus den Autonomen Gemeinden im Widerstand. Etwas fürs Auge. „Die Anderen Geschichten - Los Otros Cuentos“, im argentinischen Original zwölf Erzählungen von Subcomandante Marcos. Ich war fremd in Buenos Aires, verbrachte den Sonntag auf einem Fest in einem Park, als ich den kleinen Stand entdeckte, an dem das Buch vorgestellt und verkauft wurde. Und von dem Moment an war ich nicht mehr fremd in Buenos Aires.

Schnell kam ich mit den Herausgebern, dem argentinischen Netzwerk für Solidarität mit Chiapas, ins Gespräch, und noch am selben Nachmittag entstand die Idee für eine deutschsprachige Fassung des Buches. Dem RedAktions-Team des Ya-Basta-Netzes ist die rasche und gelungene Umsetzung dieser Idee zu verdanken. Ergebnis dieses Prozesses ist ein 100 Seiten starkes Foto- und Lesebuch, ebenfalls in Farbe und mit Hardcover, in dem sich deutsche Übersetzung und spanischer Originaltext abwechseln, mit dem dazugehörigen Hörbuch, mit Musik unterlegt und ebenfalls zweisprachig, dessen bekanntester Sprecher wohl der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano sein dürfte. Etwas für die Ohren.

Etwas für Geist und Herz. Subcomandante Marcos, Sprecher der EZLN und Verfasser zahlreicher Kommuniqués, Essays und Erzählungen, macht in den für die für die deutsch-spanisch- sprachige Ausgabe ausgewählten 10 Geschichten auf ganz besondere Art das jahrhundertealte Wissen der chiapanekischen Indígenas für Leser in aller Welt transparent. Seine politisch-philosophischen Botschaften werden sowohl in Mexiko als auch in Argentinien oder hier, als Anregungen für eine radikal-emanzipatorische Praxis gelesen. Die Anderen Geschichten handeln vom Alten Antonio, von den Ältesten der Alten oder von Durito, dem intellektuellen Käfer, laden als Fabel oder Gleichnis zum Nachdenken und nicht selten auch zum Schmunzeln ein.

Geplant ist die weitere Übersetzung und Veröffentlichung der ausgewählten Texte auch in anderen Ländern, wobei der Erlös den Räten der Guten Regierung der zapatistischen Gemeinden zugutekommt. Ein Knotenpunkt in der Vernetzung zwischen verschiedenen Welten dieser Welt, in der wir leben.

Katja

Fotos und Videos von der Entstehung und Verbreitung der argentinischen Originalfassung, die Originaltexte auf Spanisch und diverse Links auf:
losotroscuentos.org/doku.php

ISBN: 987-3-89771-036-8
Unrast-Verlag
Ausstattung: Hardcover, 100 Seiten
Preis: 14.80 Euro
inkl. Hörbuch-CD
zweisprachig Spanisch/Deutsch

Corazón del tiempo

'Das Herz der Zeit'

"Corazón del tiempo" ist der erste Spielfilm, der in einer zapatistischen Gemeinde entstanden ist, und in dem die SchauspielerInnen Indígenas sind, die ihr eigenes Leben darstellen. Dem Regisseur war es wichtig, nicht mit professionellen SchauspielerInnen zusammenzuarbeiten, sondern er bevorzugte es, Menschen aus verschiedenen zapatistischen Gemeinden als SchauspielerInnen für den Film zu gewinnen.

Die Idee zu dem Film entstand viele Jahre zuvor nach einem Besuch von Alberto Cortés in La Realidad. Die Umsetzung des Zapatismus, der Aufbau von alternativen Strukturen und das Leben im Widerstand hatten ihn nachhaltig sehr beeindruckt und so entstand in Zusammenarbeit mit Hermann Bellinghausen das Drehbuch zu dem Film "Corazón del tiempo". Die Filmproduktion selbst hatte eine Vorlaufzeit von etwa 8 Jahren, in denen u.a. das Vertrauen der Zapatistas gewonnen wurde und viele Menschen erstmals aufgrund von Filmvorführungen, die in verschiedenen Gemeinden organisiert wurden, mit diesem Medium Film in Kontakt kamen.

Zur Geschichte des Films: In La Esperanza de San Pedro, einer Gemeinde im zapatistischen Widerstand, verliebt sich die junge Sonia in Julio, einen Kämpfer der EZLN. Obwohl sie bereits einem anderen versprochen ist und auch schon ein Abkommen zwischen beiden Vätern getroffen wurde, hält Sonia an ihren Gefühlen fest. Der daraus entstehende Konflikt zwischen Tradition, Liebe und den Notwendigkeiten des Aufstands wird von der Gemeinde in einer gemeinsamen Versammlung mit der örtlichen Führung der Zapatisten diskutiert. Dabei werden alle Beteiligten in gleicher Weise gehört und können ihre Sichtweise und Bedürfnisse schildern.

Neben der Gefühlswelt von Sonia gibt es auch einen weiteren Handlungsstrang; so erfährt man im Laufe des Films mehr und mehr vom Leben der Großmutter. Auf Nachfrage der kleinen Schwester Sonias erzählt sie u.a. über die Lebens- und Arbeitsbedingungen unter dem ehemaligen Patron und schildert den z.T. sehr mühevollen Aufbau einer eigenen Gemeinde in Würde und Freiheit.

Auch wenn der Film teilweise etwas kitschige Momente hat, so gibt er doch insgesamt einen guten Einblick in den Alltag einer zapatistischen Gemeinde. Neben dem Umgang mit Traditionen und Konflikten wird die massive Präsenz des Militärs sowie der Widerstand dagegen thematisiert. Kollektive Arbeiten werden gezeigt, aber auch das alltägliche Backen der Tortillas oder die Herstellung von Pozol, einem traditionellen Maisgetränk. Der mexikanische Regisseur Alberto Cortés schreibt selbst über den Film: "Es handelt sich um einen Spielfilm, der uns die Gefühle der zapatistischen Gemeinden vermittelt. In ihrem wahren Leben erklärten die Schauspieler 1994 dem Kapitalismus den Krieg und seither kämpfen sie für eine bessere Welt"

Neben bereits existierenden Dokumentationen über die Zapatistas ist "Corazón del tiempo" nun der erste Spielfilm, der eine Reise ins Herz des zapatistischen Widerstandes unternimmt. Viel Spaß beim Anschauen!!

Mexiko 2008, 90 min, OmU
Buch: Alberto Cortés, Hermann Bellinghausen

Soli-Gratis-T-shirt-Dazu-Versand

Bei einer Bestellung von 20 Exemplaren der Tierra y Libertad gibt es ab sofort, solange der Vorrat reicht 1 T-shirt (schwarz, weiß oder himmelblau) dazu.

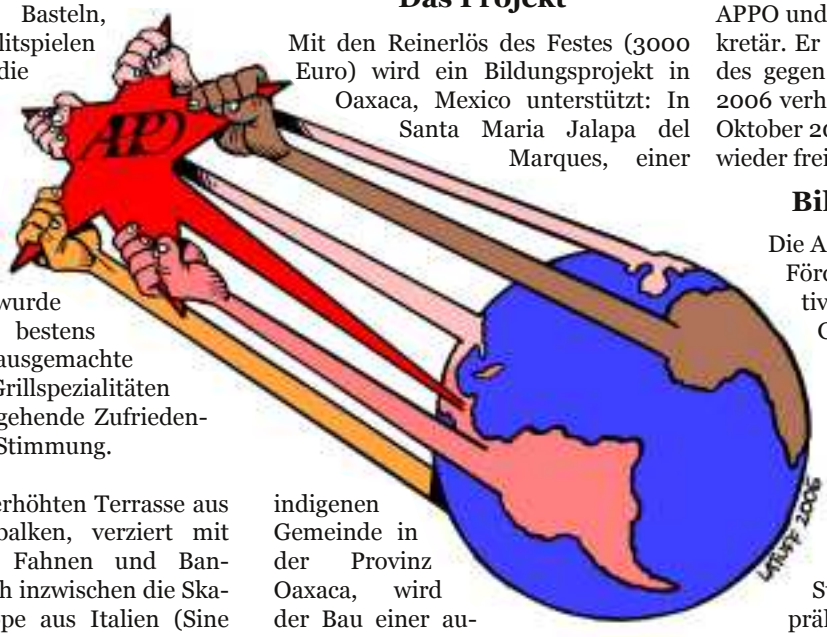
Soweit vorhanden wird auf Größenangaben und Farbe Rücksicht genommen (Unisex oder tailliert, von L bis XS, schwarz, weiß oder himmelblau - Angebot ist allerdings sehr begrenzt).

Also: Bestellt und spendet fleißig, sowohl an die Tierra y Libertad als auch an das Oaxaca-Bibliotheks-Spendenkonto!

Solifest für den Bau einer Bibliothek in Oaxaca

Im Vorgarten einer abgelegenen, alten Villa in Innsbruck fanden wir die idealen Bedingungen um ungestört und ohne Vorschriften ein buntes und vielfältiges Fest der Solidarität zu feiern.

Nach Wochenlanger Vorbereitungen, beherrschte ab dem frühen Nachmittag des 12. Julis die „Kinderzone“ die üppig bewachsenen Wiesen und Hänge dieses Platzes. Unzählige Kinder und Eltern tummelten sich zwischen Wasserbombenhagel und dem sich im unteren Bereich befindenden Swimmingpool. Neben weiteren Stationen wie Basteln, Tombola, Politspielen usw. gab es die Möglichkeit am Infostand Soli-T-Shirts und Soli-Kaffee (Cafè Libertad) zu erwerben. Für Essen und Trinken wurde natürlich auch bestens gesorgt. Hausgemachte Cocktails und Grillspezialitäten sorgten für weitgehende Zufriedenheit und heitere Stimmung.



Auf der etwas erhöhten Terrasse aus morschen Holzbalken, verziert mit verschiedensten Fahnen und Bannern, jammte sich inzwischen die Ska-Folk-Punk Gruppe aus Italien (Sine Frontera) so richtig warm! Nach mehreren Ansprachen zum Projekt in Oaxaca, Soli-Fest und allgemeinen gesellschaftskritischen Themen konnte das Konzert begleitend mit Bengalischen Feuern beginnen. Rund 300 Gäste, groß und klein, alt und jung feierten noch ausgelassen bis in die frühen Morgenstunden!

Vielen Dank Für die Solidarität aller Beteiligten ohne die das Fest nicht möglich gewesen wäre! Insbesondere wollen wir uns bei Cafè Libertad für deren Soli-Beitrag bedanken. Speziellen Dank auch an die Band „Sine Frontera“, an diejenigen die uns das Essen gespendet haben und natürlich an die Kollektive „Grauzone“ und „Adelante“ für die finanzielle und handwerkliche Unterstützung. Danke schön an die „Kinderzone“ und ihre Organisator_innen, ohne die das Fest nicht so bunt gewesen wäre und an die Bewohner der Villa die uns diese Möglichkeit gegeben haben

Solidarisiert euch mit der APPO,

für eine autonome Bildung,

für die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen

und gegen die staatlichen Repression überall.

Das Projekt

Mit den Reinerlös des Festes (3000 Euro) wird ein Bildungsprojekt in Oaxaca, Mexico unterstützt: In Santa Maria Jalapa del Marques, einer indigenen Gemeinde in der Provinz Oaxaca, wird der Bau einer autonomen Bibliothek realisiert. Die Sicherstellung autonomer Bildung ist in dieser Region von besonderer Wichtigkeit: Oaxaca ist eine der ärmsten Provinzen von Mexico, die Bildungsmöglichkeiten stark eingeschränkt und die Löhne der Lehrer auf einem minimalen Niveau. Auf diesbezügliche Proteste und Kundgebungen reagierte die lokale Regierung unter dem umstrittenen Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz wiederholt mit Gewalt, die paramilitärische Organisation UBISORT unterstützend.

Gewalt und Repression in vielen Teilen Mexikos richten sich gegen das breitgefächerte Spektrum sozialer Bewegungen, insbesondere gegen den Aufbau autonomer Strukturen. Der Staat spielt dabei eine aktive Rolle. Besonders signifikant ist die direkte und indirekte Verbindung zwischen staatlichen Behörden und paramilitärischen Verbänden. Paramilitärs sind neben Polizei und Militär Hauptakteure im Kampf gegen die Zivilbevölkerung und genießen weitestgehend Straffreiheit.

Die Unterstützung des Baus der Bibliothek soll ein kleiner weiterer Schritt in Richtung autonomer Bildung sein. Erangelio Mendoza, der schon bei uns in Innsbruck einen Vortrag gehalten hat, wird sich vor Ort um das Projekt kümmern. Erangelio ist Gründungsmitglied der Organisation APPO und war 3 Jahre lang Generalsekretär. Er wurde im Zuge des Aufstandes gegen Ulises Ruiz am 11. August 2006 verhaftet und gefoltert und Ende Oktober 2006 auf Druck der Bewegung wieder freigelassen.

Bildungsvorhaben

Die APPO unterstützt Projekte zur Förderung von Lesen und kreativem Schreiben während der Grundschulbildung. Eine Buchmesse wird organsiert: Sie trägt den Namen “La Guelaguetza de los libros y sus lectores, Oaxaca narra.” - Die Guelaguetza der Bücher und seiner Leser, Oaxaca narra. (Guelaguetza ist ein Fest in der Stadt Oaxaca, das auf einer präkolumbischen Tradition basiert). 600 Lehrer, 5000 Schüler und 600 Eltern nehmen daran teil, großteils aus indigenen Gemeinden.

Bei Interesse kann an folgende Kontonummer gespendet werden, bitte Verwendungszweck genau angeben da auch Projekte in anderen Ländern unterstützt werden:

Kontonr.: 03300398694
BLZ: 20503 (Tir.Sparkasse)
IBAN: AT362050303300398694
BIC: SPIHAT22XXX

http://adelante.blogspot.com
www.catbull.com/grauzone/

Mittel und Wege zu einer gerechten Gesellschaft

Marielle Cauthin spricht über das neue Bolivien

Interview mit Marielle Cauthin, Journalistin: Marielle lebt derzeit in La Paz und arbeitet zu Sozialen Bewegungen, Indigener Autonomie und territorialen Rechten sowie zur Politik der Plurinationalität Boliviens.

Welches sind die größten Erfolge der Regierung unter Evo Morales und seiner Partei "Bewegung zum Sozialismus" (MAS)?

Die MAS wurde nach einer vier-jährigen Legislaturperiode im Dezember 2009 für fünf weitere Jahre gewählt. Bei dieser Wahl ist es der MAS gelungen, 63% der Stimmen zu erlangen. Der Anteil erhöhte sich somit um fast 10%; bei der vorletzten Wahl 2005 erreichte die Partei 54%. Dies verschaffte der MAS auf politischer und sozialer Ebene eine enorme Legitimität.

Ein anderes wichtiges Thema waren die Nationalisierungen der Erdgasindustrie und anderer Betriebe, die mit Mineralien handeln. Dies wirkte wie ein Signal auf die bolivianische Gesellschaft, ein Signal in dem Sinne, dass nun ein Wandel eintreten würde, weg von einer Begünstigung traditioneller politischer Eliten und Konzerne, hin zu einer Politik für das Volk.

Auch auf sozialpolitischer Ebene schaffte die MAS Veränderungen: Für schwangere Frauen, Kinder und alte Menschen wurden Sozialleistungen eingeführt, die in Form von monatlichen Boni ausgezahlt werden. Ein weiteres interessantes Thema sind die Alphabetisierungsprogramme, die unter Morales eingeführt wurden.

Im Bereich der Ökonomie fand eine “Bolivianisierung” statt. An- und Verkäufe werden bevorzugt mit dem “Boliviano” gehandelt, der einheimischen Währung, die mittlerweile Stabilität erlangt hat.

Außerdem schaffte die MAS es, eine neue Verfassung für Bolivien durchzusetzen.

Was sind die zentralen Punkte der neuen Verfassung?

Die neue Konstitution begründet einen neuen Staat. Das zentrale Thema der neuen Verfassung ist die Pluralität Boliviens, da die Bevölkerung sich aus 36 Volksgruppen mit eigener Sprache und Kultur zusammensetzt. Die Plurinationalität wurde vor Evo Morales von allen Regierungen im Land negiert oder schlichtweg nicht beachtet.

Musikgruppe spielt traditionelle Musik bei der Amtseinführung von Evo Morales

Die 36 Sprachen der Bewohner/innen Boliviens werden als offiziell anerkannt. Zuvor war lediglich Spanisch offizielle Landessprache. Neben der katholischen Religion erhalten alle religiösen und spirituellen Praktiken der indigenen Gemeinschaften Gleichberechtigung. Den indigenen Gemeinschaften wird Autonomie in Bezug auf die Selbstverwaltung ihrer Territorien zugesprochen. Dies umfasst die Verwaltung, ökonomische Regelungen sowie Rechtssprechung nach eigenen Traditionen. Festgelegt wird auch das Recht auf eine eigene Definition des Konzepts “Entwicklung”.

Die Autonomie ist derzeit ein intensiv diskutiertes Thema, da diese auf anderen Ebenen (munizipaler, departamentaler) auch den einzelnen Departaments zugesprochen wurde. Den oppositionellen Gouverneuren des Tieflandes ist diese aber nicht tiefgreifend genug. Man wird sehen, wie diese Streitereien weitergehen.

Was bedeutet das Konzept der Dekolonialisierung, von der die Regierung immer wieder spricht?

Die Regierung spricht sogar von einer “Revolution”. Diese bezieht sich vor allem auf die sogenannte Dekolonialisierung. Obwohl Bolivien seit 200 Jahren ein unabhängiger Staat ist, ist dieser noch immer nach kolonialer Logik aufgebaut und organisiert. Zudem existiert eine interne Kolonisation, die sich in Rassismus und daraus resultierender Diskriminierung der Eliten – Weißen und Mestiz/innen – gegenüber der indigenen Bevölkerung zeigt.

Das Konzept der Dekolonialisierung ist in diesem Kontext zu sehen. Es wendet sich gegen vormals herrschende kulturelle Normen und hat zum Ziel, neue Regeln zu erschaffen, die einer plurinationalen Gesellschaft entsprechen.

Derzeit werden die Inhalte des Bildungssystems überprüft und erneuert. Das alte Curriculum beinhaltete eine Geschichtsvermittlung aus Sicht der dominierenden Eliten, was deren vermeintlich “natürliche” Überlegenheit stärken und sichern sollte. Diese Ver

mittlung wird derzeit überarbeitet; die Geschichte und Kultur der indigenen Völker soll verstärkt in die Lehrpläne integriert werden.

Auch der Unterricht in den indigenen Sprachen bekommt eine neue Bedeutung. Seit der Bildungsreform 1994 wurde zwar ein bilinguales Erziehungssystem vorgeschrieben, aber das Erlernen der Spanischen Sprache hatte immer höhere Priorität gegenüber dem Erlernen einer indigenen Sprache. Mit der neuen Verfassung erhalten nun die indigenen Sprachen und die spanische Sprache eine gleiche Wertigkeit. Zudem ist vorgesehen, dass beim Erlernen einer indigenen Sprache auch die Kultur der jeweiligen Gemeinschaft vermittelt wird.

Ein weiteres zentrales Konzept der aktuellen Regierung ist das „Vivir Bien" („gutes Leben"). Was bedeutet dieses Konzept?

Vivir Bien ist ein Konzept innerhalb der indigenen Kosmovision und hat seine Wurzeln in den Kulturen der Aymará, Quechua und Guaraní. In diesem Konzept finden sich die Grundpfeiler für eine "gute Gesellschaft" sowie eine "gute Regierung" aus Sicht der indigenen Gemeinschaften. Hautpfeiler des Konzeptes Vivir Bien sind ein Leben in Harmonie mit der Natur und der Gemeinschaft, Reziprozität – welche ein gleichberechtigtes Geben und Nehmen innerhalb der (Dorf-) Gesellschaft bedeutet - sowie Respekt gegenüber Diversität.

Die aktuelle Regierung hat das Konzept aufgegriffen und als eine der Hauptlinien in den nationalen Entwicklungsplan integriert. Hier wurde der Versuch gestartet, eine traditionelle Sichtweise der indigenen Bevölkerung in ein politisches Konzept, was alle Bolivianer_innen betrifft, zu "übersetzen". Im nationalen Entwicklungsplan finden sich Leitlinien für eine Umgestaltung verschiedener Bereiche, so beispielsweise für eine Landreform, für die nationale Produktion sowie kulturelle und edukative Reformen.

Der derzeitige Kongress besteht zum größten Teil aus Mitgliedern der Partei, die sich „Bewegung zum Sozialismus" nennt. Inwieweit begeht Bolivien tatsächlich einen sozialistischen Weg? Und wie reagiert die Opposition auf diese Richtung?

Die politische Opposition in Bolivien ist sehr fragmentiert und stellt aus diesem Grunde keine politische Gegenmacht gegenüber dem eher homogenen Block der MAS dar. Es existierten keine alternativen Vorschläge der Opposition, die sich auf die Gestaltung des neuen plurinationalen Staates beziehen.

Aymara-Frauen aus El Alto bei einer Demonstration
Foto: Waldo Acebey

Die oppositionellen Parteien werden in erster Linie durch Angehöre der Eliten bestimmt. Deren Diskurs bezieht sich auf das alte politische Modell und hat zum Ziel, die eigenen Privilegien, die der Mittel- und Oberschicht zu eigen waren, zu schützen. Der Staat hat aus ihrer Sicht zu sehr in die Privatwirtschaft eingegriffen. Die Opposition beschwört ein Gespenst herbei, welches sie „Sozialismus" nennt und verdammt.

Es ist sehr interessant zu schauen, was der Sozialismus in Bolivien wirklich bedeutet. Die aktuelle Politik muss im Kontext dessen gesehen werden, was in Lateinamerika die „Rückkehr der neuen Linken" genannt wird. Die Wurzeln dieser neuen Welle liegen in den Kämpfen indigener Bewegungen, wie denen der Zapatistas in Chiapas und den neuen sogenannten Mitte-Links Regierungen in Brasilien, Ecuador, Venezuela, Argentinien und - bis vor kurzem - Chile. Bolivien folgt diesem Kurs, aber mit eigenen Schwerpunkten. In dem Andenland werden zwei politische Hauptlinien diskutiert.

Die eine Linie ist der sogenannte "Neo-Indigenismo", der vor allem von indigenen Intellektuellen, Gewerkschafter/innen und Leitungspersönlichkeiten sozialer Organisationen vorangetrieben wird. Diese fordern eine stärkere Beachtung der indigenen Traditionen in den staatlichen Organisationen und Strukturen. Ausdruck dieser starken Bewegung ist beispielsweise die Whipala, die Fahne der indigenen Hochlandbewohner/innen, die nun offiziell immer neben der Fahne Boliviens aufgehängt werden muss.

Die andere Linie fokussiert einen Sozialismus, wie er in den 50er Jahren in Bolivien eingeführt wurde. Dieser basiert auf der Stärkung und Führung des Staates, beispielsweise durch Nationalisierungen. In den 80er Jahren unterwarf sich Bolivien einer neoliberalen Politik, was zu vielen Veränderungen (beispielsweise der Verlust von Arbeitsplätzen im Bereich des Bergbaus etc.) führte. Die Linie des traditionellen Sozialismus' fordert eine Rückkehr zu mehr staatlicher Kontrolle und Führung.

Theoretisch ist ein sozialistischer Staat eine Vorstufe zum Kommunismus. In einem kommunistischen System – so die Idee – wird kein Staat mehr benötigt; es existieren Konditionen, die Gleichberechtigung für alle Bürger_innen sichert. Aber dies ist sehr weit entfernt davon, was in Bolivien passieren wird. Ich glaube, dass die MAS nicht wirklich darauf abzielt, ein sozialistisches System zu erschaffen. Es ist eine utopische Vision, aber mir erscheint das nicht schlecht! Vielleicht muss die Theorie über den Sozialismus neu geschrieben werden, um der Realität des lateinamerikanischen Kontextes zu entsprechen. Das wäre eine Form, die Linke neu zu denken und neue Debatten über die richtigen Mittel und Wege, die zu einer wirklich gerechten Gesellschaft führen, anzustoßen.

Ein konkretes Beispiel: In Bolivien kannst man nicht über die Revolution

Mitglied der Bergbaugewerkschaft
Foto: Waldo Acebey

des Proletariats sprechen, weil wir heutzutage keinen starken Arbeiter/innen-Sektor mehr haben.

Unsere soziale Basis ist vor allem die Landbevölkerung, von denen die meisten Angehörige indigener Gemeinschaften sind. Der Regierung muss den Campesinas/os Zugang zu den Strukturen des Staates verschaffen, gleichzeitig ihre Selbstverwaltungsformen respektieren und Konditionen der Gleichheit für alle Bürger_innen des Landes – ob Land- oder Stadtbewohner_innen- schaffen. Das ist vielleicht eine Annäherung für die Beschreibung eines sozialistischen Systems in Bolivien.

Die MAS ist aus einer sozialen Bewegung heraus enstanden. Welche Rolle spielen heute die sozialen Bewegungen innerhalb der Regierung?

Ja, es ist sehr interessant zu schauen, was mit den sozialen Bewegungen geschehen ist. Die Zusammensetzung des Kongresses zeigt ganz deutlich einen Wandel: Zum ersten Mal sieht man nicht nur Weiße und Mestiz/innen, die über die Zukunft von über 60% der Bolivianer/innen entscheiden, die sich als indigen definieren. Im Kongress sitzen Frauen, die sich in Trachten kleiden, Campesinas und Campesinos, traditionelle Autoritäten etc.

Die Strategie der MAS war folgende: Sie trug die Forderungen der sozialen Organisationen zusammen und versprach politische Rückendeckung für diese Forderungen. Unterstützt wird die Partei von den vier großen sozialen Bewegungen, die ein hohes Mobilisierungspotential zur direkten Aktion in Bolivien haben. Diese sind die Bauernvereinigung Boliviens, die Bäuerliche Frauenvereinigung Bartolina Sisa, die Bergbaugewerkschaften sowie die Vereinigung der indigenen Gemeinschaften.

Die MAS schaffte es, sich diese Bewegungen "einzuverleiben", indem sie sich dort hineinbegeben und neben der Unterstützung für ihre Projekte auch politische Posten versprochen hatte. Im Gegenzug verpflichteten die sozialen Bewegungen sich, die MAS zu unterstützen. Dieser Handel führte dazu, dass Mitglieder der oben genannten Gruppen nun im Parlament vertreten und ehemalige indigene Autoritäten oder Gewerkschaftsführer zu Minister/innen berufen wurden.

Man wird allerdings sehen müssen, wie effektiv dieser Wandel tatsächlich ist. Es gibt viele kritische Stimmen, die sagen, dass zur Zeit eine Assimilierung der indigenen und bäuerlichen Traditionen an die Strukturen des Staates stattfindet. Die Mitglieder der sozialen Bewegungen werden zu Funktionär/innen und verlieren ihre eigentliche Macht; die Möglichkeit, eine starke Gegenposition gegenüber der staatlichen Politik einnehmen zu können.

Die Regierung fördert zuweilen Projekte, die die indigenen kollektiven Rechte nicht respektieren. Dabei geht es um Investitionen zur Förderung von Uran im Salzsee von Uyuni, Ausbeutung von Bergminen im Hochland oder der Förderung von Öl im tropischen Tiefland. Die ökologischen und sozialen Auswirkungen auf die ansässigen Bewohner/innen der Gebiete werden nicht sondiert.

Ein großes Problem haben außerdem diejenigen sozialen Bewegungen, die nicht in der MAS vertreten sind. Zum einen erhalten sie keine Unterstützung von der Regierung. Zum anderen haben sie keinerlei Stimme, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen, weil sie in der derzeitigen Konstellation eine Minderheit darstellen.

Ein Beispiel ist die Bewegung "Movimiento sin Tierra" (Bewegung der Landlosen). Die Regierung Morales führte ein Gesetz ein, das besagt, dass Böden, die wirtschaftlich nicht genutzt werden, an den Staat übergehen. Die Bewegung kämpft ebenfalls um die Nutzung solcher Böden, aber es gibt kaum Chancen, dass ihre Forderungen gehört und anerkannt werden.

Es existieren also Widersprüche. Aus meiner Sicht muss die neue Opposition aus den sozialen Bewegungen heraus entstehen. Wenn du mich fragst, hätte die MAS ihre eigenen sozialen Leitungspersönlichkeiten hervorbringen und nicht die sozialen Organisationen kooptieren sollen. Die sozialen Organisationen müssen eine Gegenmacht gegenüber dem Staat darstellen!

Glaubst du, dass die MAS eine Zukunft in Bolivien hat?

Ich denke ja. Solange kein wirklich großes Thema auftaucht, was die Partei splittet, glaube ich, dass die MAS noch einige Jahre existieren wird, vielleicht auch als Regierungspartei. Allerdings gibt es bisher keinen wirklichen Nachfolger für Evo Morales, deswegen ist nicht klar, ob die MAS ein drittes Mal gewählt werden wird.

Was mir am derzeitigen Prozess gefällt, ist, dass von der MAS nicht nur die Rechte der indigenen Bevölkerung anerkannt, sondern auch erstmals in der Geschichte des bolivianischen Staates eine historische Schuld gegenüber den indigenen Gemeinschaften zugegeben wird.

Ich habe allerdings auch Zweifel; Zweifel am Staat, der eine Konzentration an Macht darstellt. Ich glaube, dieses System hat noch nie wirklich funktioniert. Bei der Gründung einer Partei verfällt diese ja schon der Logik der Machtkonzentration. Aber gut, das ist der Weg der MAS. Sie hat ja wirklich viel geschafft- aber es gibt wie gesagt Widersprüche. Für mich muss der wirkliche Wandel von unten kommen, von der Basis, aus den Comunidades und auf Grundlage ihrer kulturellen, sozialen und politischen Organisationen. Hier können wir möglicherweise neue Formen eines Politikverständnisses und der Verteilung von Macht entdecken und andere Sichtweisen, was "gutes Leben" bedeuten könnte.

Joanna Blum

„Wir wollen nichts weniger als die volle und uneingeschränkte Anerkennung indigener Rechte“

FUNAI, ein Regierungsorgan zur Umsetzung indigener Rechte in Brasilien wird gegen die Interessen der Indigenen umgestaltet

Kurz nach dem Erlass des Dekrets 7056/09 durch den Päsidenten Lula am 28. Dezember 2009, das eine Umstrukturierung der „Fundação Nacional do Índio“(Nationale Stiftung der Indios/ FUNAI) vorsieht, besetzten im Januar 2010 unzählige Indigene und Verbände in vielen Bundesstaaten die Stellen der FUNAI. Auf dem Protestcamp der Landeshauptstadt Brasília wird seitdem auf den sonst menschenleeren Wiesen der Straße der Ministerien direkt vor dem Kongress und dem Justizministerium gegen die Umstrukturierung protestiert: “Wir werden nicht eher gehen, bis unsere Forderungen nach einer Rücknahme des Dekrets und der Entlassung des aktuellen Präsidenten der FUNAI, Márcio Meires, sowie seiner Verbündeten in die Wege geleitet worden ist.

Hier geht es nicht nur um eine Umstrukturierung der FUNAI, sondern um eine Form, uns von oben unsere Mitbestimmungsrechte zu berauben, und das in Zeiten groß angelegter wirtschaftlicher Entwicklungsprojekte, die unsere Gebiete betreffen“ meint einer der Kaziken, die jeweils die Vertreter_innen eines Stammesverbunds sind. Im Zuge der durch Lula dekretierten Umstrukturierung der FUNAI sollen bisherige regionale Büros geschlossen und durch 36 Regionalkoordinationen ersetzt werden. Die örtlichen Posten (postos indígenas) werden ebenfalls abgeschafft. An deren Stelle treten nun lokale technische Koordinationsstellen. Die bisherige „Abteilung für Landfragen“ in Brasília wurde in eine „Abteilung zum Schutz der Territorien“ umgewandelt und die neu gegründete „Abteilung für Nachhaltige Entwicklung“ ist nun auch für die Bereiche Gesundheit und Erziehung zuständig. Des Weiteren werden einige der bisherigen Aufgaben der FUNAI in Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ausgelagert.

Autoritär verordnete Entwicklungsprogramme sollen der Wirtschaft dienen

Eine sinnvolle und partizipative Umstrukturierung der FUNAI wird von vielen Indigenenverbänden schon lange gefordert. Ihnen entgegen steht nun das autoritär, ohne Dialog verordnete präsidentielle Dekret Lulas, das alle demokratischen Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsprozesse umging. In Anbetracht des 2007 von ihm ins Leben gerufenen „Wachstums-Beschleunigungsprogramms“, dem „Programa de Aceleração do Crescimento“ (PAC), bestehen große Bedenken, dass das politische Gewicht der FUNAI geschwächt wird, insbesondere was die Regelung indigener Landrechte angeht. Mit umgerechnet fast 200 Milliarden Euro will Lula bis 2010 mit dem PAC 1 ein groß angelegtes, industrielles Entwicklungsprogramm durchsetzen, das vornehmlich aus Infrastrukturmaßnahmen besteht, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Geworben wird auch mit Projekten zur Verbesserung der Lebensqualität der ärmeren Bevölkerung. Der Schwerpunkt des PAC liegt im Energiebereich mit neuen Staudämmen und Baumaßnahmen im Bereich der Erdöl- und Erdgasausbeutung. Hinzu kommen große Investitionen in Straßen und Eisenbahnlinien, Erweiterung von Häfen und Flughäfen, sowie eine Vereinfachung und Reduzierung der Besteuerung. Viele der PAC-Großprojekte wie die geplanten Staudämme (z.B. die Projekte Belo Monte, Jirau und Santo Antônio), die geplante Bundesstraße BR–163 und Pläne zur Ausbeutung der Erdölressourcen im Amazonasgebiet sind umstritten. Sie bedeuten für die dort lebende Bevölkerung, die von Kleinlandwirtschaft und Fischerei lebt, den Entzug ihrer Lebensgrundlage. Im Falle der Pläne für die Bundesstraße stieg die Abholzungsrate in dieser Amazonasregion zeitgleich mit der Ausschreibung sprunghaft an. Im Zuge der bevorstehenden Präsidentschaftwahlen im Oktober diesen Jahres wirbt die Kandidatin Dilma Rousseff, die als Nachfolgerin Lulas für die PT (Partido dos Trabalhadores) antritt, bereits mit dem PAC 2. Dessen Schwerpunkt liegt im Bereich der Energiegewinnung durch Staudämme, davon einige im Amazonasgebiet.

Protestmarsch in Brasília vor dem Kongress im August 2010

Umstrukturierung zum Nachteil der Indigenen

Durch die Umstrukturierung der FUNAI werden nun Verzögerungen bei den Anfragen zur Landvermessung, die über indigene Territorien entscheiden, erwartet. Da die Realisierung von Großprojekten durch den ungeklärten

Besetzung auf der Strasse der Ministerien, seit Jan. 2010

Status erleichtert werden kann, werden langfristige negative soziale und ökologische Auswirkungen in den Gebieten befürchtet. Zudem sehen indigene Vertreter_innen in der Auslagerung von Aufgaben der FUNAI in NGOs eine Privatisierung der FUNAI. Die Schließung der lokalen Posten sei ebenfalls eine weitere Form, ihnen die Mitbestimmung an der Basis zu entziehen und Proteste zu erschweren, nicht zuletzt durch die aufzubringenden Fahrtkosten in die Regionalkoordinationen. Daher verstehen viele die aktuelle Umstrukturierung der FUNAI als einen Teil des PACs, die den Zugriff auf indigene Gebiete erleichtert, um Megagroßprojekte besser durchsetzen zu können.

Das Wachstums-Beschleunigungsprogramm kommt den Unternehmen zugute

Während nationale und internationale Investoren den PAC als gewinnbringende Investitionsmöglichkeit preisen und die Regierung beteuert, dass der PAC der Bevölkerung zugute käme, wird kritisiert, dass viele der Projekte lediglich Unternehmen und nicht der armen Bevölkerung diene. Für die indigene Bevölkerung in den betroffenen Gebieten bedeutet diese Form der „Entwicklung“ häufig eine soziale und ökologische Katastrophe. Auf dem Protestcamp in Brasília sprechen viele von Genozid an den Indigenas. Eine Frau aus Guajajara meint dazu: „wir sind hier, weil sie uns in unseren Gebieten die Lebensmöglichkeiten entziehen“. Viele berichten von strukturellem Rassismus und einer zynischen Haltung der Regierung, ihre Stimmen zu überhören. Sie erzählen von Verstößen gegen die Menschenrechte durch Militär, Polizei, Unternehmen und Farmer in ihren Gebieten. Bei den Protesten gegen das Dekret 7056/09 gab es seitens Regierung und FUNAI Versuche, die Bewegung zu spalten, Repression auszuüben und Proteste zu kriminalisieren. Doch die Menschen auf dem Camp berichten auch, dass derzeit Indigene landesweit für die Anerkennung und Durchsetzung ihrer Rechte kämpfen und dass die indigene Bewegung in Brasilien beginnt, sich stärker zu vernetzen, zu organisieren und zu wachsen.

Forderungen nach Autonomie und Selbstverwaltung in den indigenen Territorien

„Wir wollen nicht ständig fremdbestimmt werden, wir wollen selbst über unsere Gebiete entscheiden und darüber, wer unsere Interessen vertritt.“ In den 15 Punkten ihres Manifests fordern die im „Acampamento Indígena Revolucionário“ (AIR) von Brasília organisierten Indigenas neben der Rücknahme des Dekrets unter anderem eine Neueinsetzung des Präsidenten der FUNAI. Der Vorstand der FUNAI soll von allen Indigenas demokratisch gewählt werden können - auch von denjenigen, die in den Städten wohnen. Ein zentraler Punkt der Forderungen des AIR hinsichtlich der FUNAI ist eine Umstrukturierung weg von einer paternalistischen Struktur hin zu einer Stärkung ihrer Rechte und ihres politischen Gewichts. Diese besteht in der Autonomie bei der Verwaltung ihrer Interessen und ihres Erbes. Diese betrifft die Bereiche Landverteilung, Gesundheit, Bildung, Nachhaltigkeit, Kultur und Umwelt. Sie fordern z.B. eine Regulierung des Minenbaus in den indigenen Gebieten unter ihrer Kontrolle, Respekt vor indigenem Land -insbesondere durch Polizeikräfte und Militär- sowie eine Nichteinmischung seitens der Regierung in die FUNAI. Im Bildungs- und Gesundheitssystem sollen die Bilingualität und die spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Menschen vor Ort berücksichtigt und Wissen nicht privatisiert werden. „Unser Kampf geht weiter, denn wenn wir jetzt aufgeben würden, verlieren wir alles“, so eine der Kazikinnen „wir wollen nichts weniger als die volle und uneingeschränkte Anerkennung indigener Rechte. Der Widerstand an so vielen Orten wie dem Staudamm in Belo Monte, der Protest in Brasília und an vielen anderen Orten in Brasilien wird weitergehen.“

Zum weiterlesen:
Lateinamerika Nachrichten Nr. 405, 418, 421/422, 432
www.socioambiental.org
www.acampamentorevolucionarioindigena.blogspot.com

desinformémonos

Das internationale Magazin von links und unten
8 jetzt erschienen.

PDF-Download auf spanisch, deutsch und weiteren Sprachen unter:

desinformemonos.org/pdf

"Kurz gesagt, wir machen in Kurdistan das jetzt so."

Ein Blick auf die kurdische Frauenbewegung

Wenn von Kurdistan die Rede ist, denken viele an Abenteuerromane, an Menschen in Guerilla-Uniformen oder an die Ölfelder von Kirkuk. Nur wenigen ist bekannt, dass hier auch die wohl stärkste Frauenbewegung im Nahen Osten zu Hause ist.

Ausgerechnet in der feudal und stark patriarchal geprägten kurdischen Kultur hat sich im Schatten des Krieges über die letzten Jahrzehnte eine breite und durchsetzungsfähige Frauenbewegung herausgebildet.

Lebensverhältnisse und Bewusstsein der Frauen in Kurdistan

Den Grundstein legten Frauen nach dem bewaffneten Aufstand 1984 in den Bergen bei den Guerillaeinheiten. Viele waren hierhin geflohen vor Zwangsverheiratung, familiärer Gewalt aber auch auf der Suche nach Bildungsmöglichkeiten. Wie in Chiapas auch, können Frauen in Kurdistan nicht problemlos die Schule besuchen, von Berufswahl oder universitärer Bildung ganz zu schweigen. So sprechen viele ältere Frauen immer noch ausschließlich eine der kurdischen Sprachen und können weder lesen noch schreiben - im Haushalt eingesperrt und isoliert.

Diesen und weitere Aspekte nahm die Bewegung in ihren Schulungen der Bevölkerung in Angriff. Mit Alphabetisierungskampagnen und anderen Angeboten konnte so über Jahre ein Bewusstsein bei den Frauen für ihre Selbstbestimmung entwickelt werden.

Einfluss hatte auch die Zerstörung von 4000 Dörfern durch die Armee zu Beginn der 90er Jahre. Die Bevölkerung floh in die Städte oder nach Europa. Frauen und Kinder litten am stärksten unter Entwurzelung und Zerschlagung der gewohnten Lebensstrukturen. Die Männer, zentrale Figuren in der patriarchalen Familie, waren oft überfordert, häusliche Gewalt deshalb weit verbreitet. Viele waren wegen Arbeitssuche selten zu Hause, bei der Guerilla, im Gefängnis oder im Krieg umgekommen - und Frauen finden nur schwer Arbeit zur Versorgung der Familie.

Organisierung der Frauen als Selbsthilfe

So gründeten sich Selbsthilfekomitees, auch NGOs, die sich der Sache der Frauen annahmen, Schulungen, Berufbildung und z.B. kollektiv genutzte Waschküchen einrichteten. Über die Jahre entstand so ein breites Spektrum an Frauen-Organisationen, Kooperativen und anderen Institutionen.

Für den Organisierungsprozess dort waren die Frauen der PKK immer eine treibende Kraft. Schon 1995 fand bei der Guerilla der "1. Nationale Frauenkongress" statt, bei dem der Aufbau einer eigenständigen Frauenarmee beschlossen und in der Folgezeit umgesetzt wurde. Heute befinden sich nach unterschiedlichen Angaben zwischen 2000 bis 4000 Frauen bei der YJA-STAR. Sie wird von Frauen kommandiert und ist innerhalb der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans, Dachorganisation) unabhängig.

Zu ihren Bildungsprogrammen gehört z.B. auch ein Angebot an männliche Guerillas, in einem mehrwöchigen Kurs ihre patriarchale Haltung zu reflektieren und zu verändern. Diese für die Bewegung typische Herangehensweise der individuellen Veränderung der Menschen hin zu einer befreiten Persönlichkeit schafft auch in den zivilen Strukturen für Frauen und Jugendliche den Spielraum, um konkrete Veränderungen einzufordern.

So haben nicht nur die bewaffnete Bewegung sondern auch die legale "Partei für Frieden und Gerechtigkeit" BDP große Bedeutung für die Befreiung der Frauen, und nicht nur in Kurdistan, sondern für die gesamte Türkei. Denn die BDP ist zu einem Motor des Demokratisierungsprozesses von unten geworden. Die Frauen setzten eine 40%-Quotierung in allen Gremien durch, sowie Doppelspitzen für Führungspositionen. 14 der 107 Bürgermeister_innen der BDP werden von ihnen gestellt, im türkischen Parlament besteht die Fraktion zu einem Drittel aus Frauen.

Absage an den Legalismus

Trotz parlamentarischer Präsenz betont Fatma Kasan vom Frauenrat der BDP, dass die Frauenbewegung sich nicht nach dem legal Möglichen richte, sondern ihr Handeln ausschließlich auf die Legitimität ihrer Forderungen gründe. Der Rolle als Triebfeder der Befreiung bewusst sagt sie: "Wir setzen es einfach in die Praxis um, also wir machen es einfach."

"Schluss mit Verhaftungen, Massakern, Militäraktionen, Vergewaltigungen, Isolationshaft und Krieg" - Êdî bese - Ya Basta - Es reicht Foto: DIHA

In 2004 wurde dann die "Demokratische Freie Frauenbewegung" DÖKH gegründet, um Kräfte zu bündeln, denn es bestanden bereits etwa 100 Organisationen, wie Vereine, Parteien, soziale und kulturelle Institutionen, Kooperativen und Medien. Der Organisierungsansatz sollte weg von der zentralistischen Parteiebene in eine gesellschaftliche Struktur überführt werden, "dass sich alle Teile der Gesellschaft autonom ihren eigenen Bedürfnissen entsprechend organisieren".

Die Arbeit der DÖKH

Als Basisbewegung unterschiedlicher Strömungen baut sie auf einem Delegiertensystem auf. In der jährlichen Konferenz wird eine 30-köpfige Koordination gewählt, die sich aus allen Teilorganisationen zusammensetzt. Diese gliedert sich in 4 Komitees mit unterschiedlichem Arbeitsschwerpunkt, dem Jugendbereich, dem politischen Bereich mit den Kommunalverwaltungen, dem Bildungsbereich mit Kultur, Medien und den Frauenakademien und dem zur Zeit wichtigsten Bereich, dem sozialen auf praktischer Ebene.

Ziel ist es, über die Kommunalverwaltungen das soziale Leben der Frauen zu verändern. Auf Basis von 5-Jahres-Strategieplänen nehmen sie z.B. Einfluss auf die Stadtplanung, "so dass die Struktur auch für Frauen passt", hier konkret die Einrichtung von Frauenhäusern, Sozialberatungen, Bildungsangeboten oder Frauenparks. Um die Berufstätigkeit von Frauen zu fördern, setzen sie sich für die 40% Quotierung auch bei Mitarbeiter_innen der Verwaltungen ein, den bedeutendsten Arbeitgebern der Region.

Kommunale Frauenräte

Eine wichtige Neuerung in der kurdischen Freiheitsbewegung sind die auf verschiedenen Ebenen eingerichteten Räte, die die Selbstorganisierung der Bevölkerung gegenüber dem Staat ermöglichen sollen. Wie im Modell ("Demokratischer Konföderalismus") existieren Stadtteil- oder Dorfversammlungen, die Vertreter_innen in die verschiedenen kommunalen Räte entsenden - entsprechend Interessensgruppen, wie z.B. der Jugend, der Unternehmer_innen oder anderer - und eben der Frauen.

Der Stadtfrauenrat von Amed (Diyarbakir) besteht aus 500 Delegierten. Davon stellt die Bevölkerung direkt etwa 60% der Delegierten, 40% sind Repräsentantinnen von Organisationen und Institutionen, wie z.B. in der DÖKH organisiert. Auch hier wird eine Koordination gewählt und die Repräsentantinnen für die Regionalräte, die nächsthöhere Ebene. Sie treffen sich alle 3 Monate und diskutieren die Probleme von Frauen in der Gesellschaft, suchen und beschließen Lösungswege und beobachten deren Umsetzung in die Praxis.

Die demokratische Partizipation der Bevölkerung steht seit einigen Jahren bei der Bewegung im Vordergrund. Dies entspringt der Erkenntnis, dass Unterdrückung, wie auch der Krieg, nur durch eine massive Demokratisierung der einzelnen Nationalstaaten zu beenden ist. Fatma Kasan sagt in Bezug auf die Türkei: "Wir unterstützen den türkischen Staat darin, sich zu demokratisieren", die Auflösung der Männerherrschaft ist Teil davon.

Proteste gegen Festnahmewelle 2009
Foto: DIHA

Dass es sich um einen neuralgischen Punkt des Herrschaftssystems handelt, zeigt auch die momentan heftige Repression insbesondere gegen die Frauenbewegung. Doch trotz vieler ermordeter Aktivist_innen und hunderter von ihnen in den Gefängnissen sind sie sich ihres Weges zur Autonomie sicher: "Kurz gesagt, wir machen in Kurdistan das jetzt so!".

zendero

Quellen und weitere Infos:
Informationsstelle Kurdistan, www.isku.org
Redebeitrag von Fatma Kasan, Kurdistan Report Nr 150, Juli/August 2010, S.21ff.
www.kurdistanreport.de
Anja Flach, "Jiyaneke Din - eine anderes Leben. Zwei Jahre bei der kurdischen Frauenarmee", 2003
N.N. "Licht am Horizont. Annäherungen an die PKK", 1996
Nick Brauns, Brigitte Kiechle, "PKK - Perspektiven des kurdischen Befreiungskampfes", 2010

Stand der DÖKH - MSF.AmedCamp 2009 Foto: A. Bender

„Aber ich bin ja illegal.“

Ein Gespräch mit einer No Border Aktivistin aus Calais.

„Calais not good.” - „Calais no Chance.“ - „Calais police problem. Big problem.“

Das ist was man hört, fragt man den einen oder anderen Migranten, oder eine der wenigen Migrantinnen, auf Calais´ Straßen danach, wie es ihr oder ihm geht. Der einen oder anderen, von den manchmal bis zu dreihundert Menschen ohne Papiere, die es versuchen von Calais nach England zu gelangen. Es sind Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben, auf der Flucht, auf dem Weg zur Familie, die in dieser Stadt am Ärmelkanal ankommen, der letzten großen Hürde auf ihrem Weg durch die Hochsicherheitsfestung Europa.

Viele sind verzweifelt, hängen seit Monaten in Calais fest. Schaffen es nicht, des Nachts auf die LKWs zu springen, mit denen sie auf die Fähre, oder durch den Tunnel gelangen könnten. Warten auf eine bessere Chance, oder auf Geld von "zu Hause" für die Schlepper. Einige haben resigniert, arrangieren sich mit dem vermeintlich "illegalen" Leben auf der Straße, oder in besetzen Häusern. Die Polizei ist auf den Straßen ständig präsent. Tägliche Festnahmen auch unter Gewaltanwendung und Schikane sind die Regel. Das Abnehmen der Fingerabdrücke bedeutet für die Festgenommenen durch die sichere-Drittstaaten-Regelung das Ende des Traumes von einem Asylantrag und legalem Leben in England.

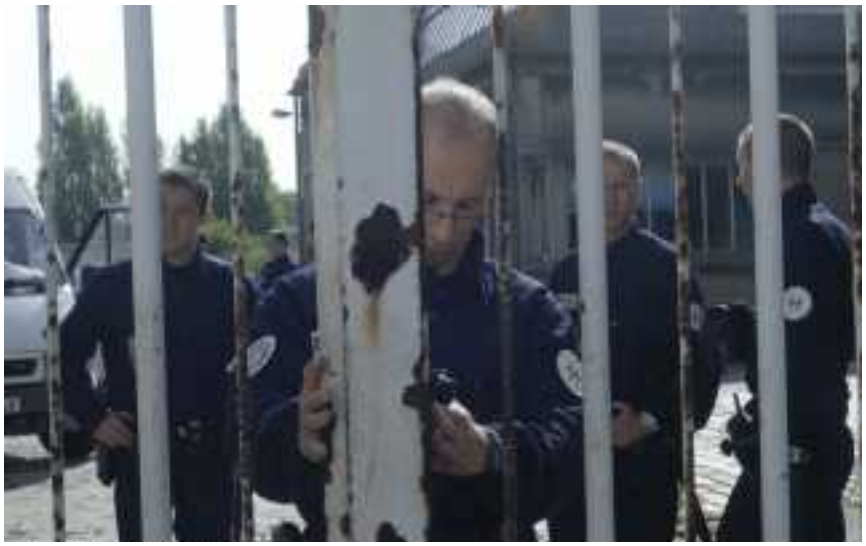
Doch es gibt auch die, die es schaffen, am nächsten Morgen nicht mehr bei der Essensausgabe der örtlichen NGOs aufzutauchen. "He went to England.", erzählen die Freunde, die noch da sind, als sei es ein kleiner Spaziergang gewesen.

Diese Menschen schaffen es, sich durch die mitunter sichersten Grenzen dieser Erde zu bewegen. Ist das eine politische Tat? Ein Aufstand? Sollte uns das Hoffnung geben, an einem solch trostlosen Ort wie Calais?

Ein Gespräch darüber mit einer Aktivistin, die nun ein halbes Jahr in Calais verbrachte, um im Rahmen des No Border Netzwerkes dort zu arbeiten, um die Menschen in ihrem Alltag auf der Straße, voll Polizeigewalt und Rassismus zu unterstützen, und um eine Art Solidarität mit ihnen zu leben.

TyL: Wie kam es dazu, dass du dich entschieden hast längere Zeit in Calais zu bleiben?

Mara: Freunde hatten mir von der Situation erzählt, zusammen sind wir im November 2009 das erste Mal für eine Woche hin. Danach habe ich das Thema nicht mehr aus dem Kopf bekommen. Wir haben Infoveranstaltungen gemacht, Leute mobilisiert und sind im März mit einer größeren Gruppe nochmal hin. Und dann bin ich einfach dort geblieben.



Polizeieinsatz, Africa House, 28.7.2010 Foto: www.calaismigrantsolidarity.wordpress.com

Für mich war es irgendwie schwierig hier mein Leben weiterzuleben, wenn ich weiß, dass die Situation dort so ist, wie sie ist. Ich hatte das Gefühl ich sollte dort sein. Auch für die Gruppe dort (Calais Migrant Solidarity und No Border – Red.) ist es besser, wenn jemand länger vor Ort ist; im Frühling gab es allgemein wenig Leute die nach Calais gekommen sind. Es ist gut für den Kontakt mit den MigrantInnen, und auch für die Leute aus Calais. Sie sollen sehen, dass es einigen Leuten nicht egal ist, was passiert.

TyL: Hast du dir konkrete Projekte vorgenommen?

Mara: Es gibt eben die normale CMS (Calais Migrant Solidarity – Red.) -Arbeit: Polizeirepression dokumentieren, öfter Infostände in der Stadt machen, an die Bevölkerung herantreten, weiter machen mit dem Englischunterricht für die MigrantInnen und sie im Alltag unterstützen mit Kleidung oder Plastikplanen, für diejenigen die draußen schlafen zum Beispiel. Solche Sachen. Ich habe viele kleine Aufgaben erledigt, viele Dinge, die andere auch hätten machen können, manches aber auch was nur durch vertrautere Kontakte möglich war, wie Geldüberweisungen usw.

Eigentlich hätte ich mir gerne ein Projekt vorgenommen, da ist aber das Problem, dass man das alleine nicht machen kann. Viele der AktivistInnen kommen aber nur für ein, zwei Wochen, und der Kontakt zu Leuten in Calais vor Ort ist auch schwierig.

TyL: Warum?

Mara: Es gibt schon Leute in Calais die die Situation kritisieren, aber No Border ist ihnen zu krass, scheint es. Gleichzeitig ist No Border – wie viele autonome linke Gruppen – auch eher nur offen für Leute aus der Szene. Der Einstieg ist für manche schwierig. Daran müssen wir arbeiten.

Und auch an der Kontinuität. Es reicht nicht, dass nur eine Person länger da ist und einen Überblick zu halten versucht. Es wäre so viel besser

wenn es, vielleicht auch kleinere, Gruppen oder Einzelpersonen gäbe, die für eine längere Zeit kämen, ein paar Monate. Statt, dass große Gruppen für eine Woche kommen – was an sich nicht schlecht ist –, die aber am Ende der Woche überhaupt erst einen Überblick haben davon, was eigentlich passiert. Dann könnte man wirkliche Projekte planen und auch besser mit den MigrantInnen zusammen, weil sich alle besser kennen.

TyL: Und hat sich in dem halben Jahr deiner Meinung nach etwas an der Situation geändert?

Mara: Die Intensität der Polizeigewalt ist immer schwankend, aber im Schnitt ist es eher gleich geblieben. Größere Änderungen hat es mit den Räumungen gegeben. Im März wurde das BCMO geschlossen (eine Turnhalle in und vor der Menschen vor allem im Winter Unterschlupf suchten – Red.), daraufhin sind die Pashtun (afghanische Ethnie – Red.) zu den Gleisen gezogen. Die Situation ist für sie seitdem wesentlich schlechter. Und im Juli die Schließung des Africa-House. Die Sudanesen haben nun ein neues Haus gefunden, andere leben im Jungle (kleine Zeltstädte aus Planen und Paletten in den Dünen, oder an den Gleisen – Red.). Aber viele sind so entkräftet, dass sie eben England aufgeben, einen Asylantrag in Frankreich stellen, oder eine freiwillige Rückreise antreten (die International Organisation of Migration (IOM) organisiert und finanziert Rückflüge in die Heimatländer -Red.).

Festnahme eines Verletzten Foto: www.calaismigrantsolidarity.wordpress.com

Protest-Demonstration
Foto: www.calaismigrantsolidarity.wordpress.com

TyL: Was war für dich motivierend, oder hat dir Kraft gegeben, an diesem eher nicht so glücklichen Ort?

Mara: Es gibt viele schöne Momente mit den einzelnen Personen. Wenn ich sie besser kenne, dann will ich auch weiterhin für sie da sein – wie bei Freundschaften. Oft haben mich die Palästinenser zum Essen eingeladen. Dann saßen wir in ihrem Squat auf dem Boden. Am Anfang hatten sie keine Teller und wir haben alle mit der Hand aus einem Topf gegessen. Viele sagen, ich sei ihre Schwester und zeigen mir, dass sie sich wirklich freuen, dass ich da bin.

TyL: Hast du noch Kontakt mit Leuten aus Calais?

Mara: Ja, mit einzelnen. Einer, der es nach England geschafft hat und dort jetzt Asyl beantragt, einer, der nach Italien abgeschoben wurde und eben manche, die noch in Calais sind.

TyL: Was bedeutet für dich das Wort Solidarität im Zusammenhang mit Calais?

Mara: Als ich nach Calais bin, war es so: Da sind über hundert MigrantInnen, die auf der Straße leben, vor denen ich ein bisschen Angst hatte, die irgendwie fremd waren. Jetzt sind es Freunde, die durch verschiedene Umstände da gelandet sind. Und wäre ich nicht hier geboren, könnte das auch ich sein. Und irgendwann stellt man sich die Frage, ob es gut ist, dass ich in meinem Bett schlafe – wo die Grenzziehung ist.

Zum Beispiel war ich oft mit dem Fahrrad im Park. Die Leute wussten es ist ok, wenn sie das Fahrrad nehmen, ohne mich zu fragen. Und das finde ich schön, weil es eben nicht so eine Distanz zieht.

Denn es gibt die staatliche Grenzziehung, aber auch die Unterscheidung zwischen MigrantInnen und AktivistInnen. Es wäre so gut, wenn wir wenigstens innerhalb unserer „No Border"-Gruppe diese Grenzziehung mehr aufheben könnten. Zum Beispiel, dass die MigrantInnen mehr an Plena teilnehmen können, wenn sie wollen.

TyL: Das ist ein gelegentlich gehörter Vorwurf an No Border. Dass No Border in den MigrantInnen politische AktivistInnen sähe, sie mobilisie

ren wolle, wo diese Leute doch einfach nur aus persönlichen Gründen unterwegs seien. Wie siehst du das? Gibt es denn von den MigrantInnen Leute, die an Plena teilnehmen wollen?

Mara: Ja. Ich hole ein wenig aus.

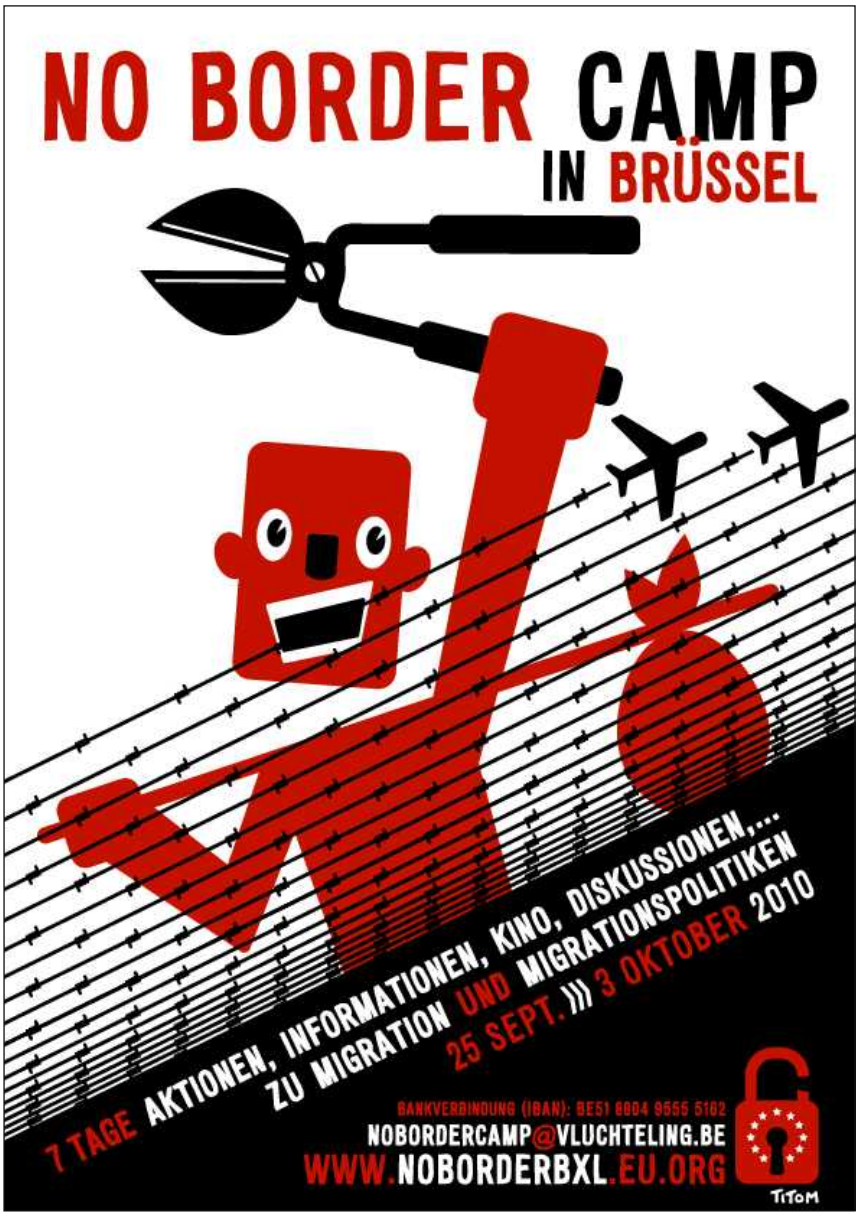
Es gibt eigentlich wenige die mitmachen wollen. Als wir in letzter Zeit die Plena im Park gemacht haben, kamen oft kurdische Leute dazu und haben sich auch ein wenig eingebracht. Es ist natürlich schwierig, durch Sprachkenntnisse, Redeverhalten; es gibt Sachen die kann man nicht machen, Orte an die kann man nicht gehen, wenn man keine Papiere hat. Aber es gäbe Möglichkeiten für Projekte, die man gemeinsam machen könnte.

Die Essensausgabe zum Beispiel hat keine Tische. Alle sitzen auf dem Boden. Gemeinsam Tische zu bauen, wäre ein Schritt den Leuten zu zeigen „Ok, wir können ja doch was tun". Oder: Es gibt einzelne die beginnen sich gegen die Polizei zu wehren. Einer sagt immer, er legt Beschwerde ein, will einen Arzt und ins Krankenhaus. Er wird schneller freigelassen als die anderen. Dafür braucht man aber ein wenig Selbstbewusstsein. Oft sagen die Leute sowas wie „Aber ich bin ja illegal". Das ist ein Selbstbild geworden. Ich sage dann immer: „Du bist nicht illegal. Niemand ist illegal. Das wird dir nur eingetrichtert." Dieses „Illegal"-Sein macht das Selbstwertgefühl der Leute kaputt. Eine Unterscheidung von MigrantIn und AktivistIn macht hier die Situation nicht leichter.

Und wegen den MigrantInnen als politische AktivistInnen: Viele, die Mehrzahl wahrscheinlich, haben ganz persönliche Gründe für ihre Reise. Doch ihr Handeln ist in großem Maße politisch. Sie bewegen sich durch diese Grenzen, obwohl es ihnen verboten ist. Ich unterstütze sie, weil ich das Handeln richtig finde – auch wenn die Gründe dafür andere sind, als meine es wären. Dies meisten dieser Gründe jedoch sind sehr gut nachvollziehbar. Und auch sie alleine reichen schon aus, um die Leute zu unterstützen.

TyL: Vielen vielen Dank für das schöne Gespräch.

Mara grinst.



Wer für kürzer oder länger nach Calais kommen möchte, kann das Blog mit den aktuellen Geschehnissen besuchen:

www.calaismigrantsolidarity.wordpress.com

Dort gibt es auch eine Telefonnummer, um Kontakt mit den Leuten aufzunehmen, die gerade in Calais sind.

Darüber hinaus findet vom 25. September bis 3. Oktober in Brüssel ein No Border Camp statt. Obwohl Brüssel nicht ein so sichtbarer Grenzpunkt ist, wie Calais und Lesbos, wo die letzten Camps stattfanden, ist Brüssel als „europäische Hauptstadt" und darüber hinaus Belgien, welches seit Juli den Vorsitz des europäischen Rates inne hat, ein Ort an welchem zahlreiche weitreichende Entscheidungen getroffen werden. Entscheidungen, die mit Hilfe von Frontex etc. die „Festung Europa" manifestieren. Entscheidungen, die Lebensträume – und oft auch nur das bloße Überleben – so vieler Menschen an und innerhalb der europäischen Grenzen verhindern und zerstören. Dagegen richtet sich dieses Camp und plant zahlreiche verschiedene Aktionen, sowie einen Austausch an Erfahrungen und Vorstellungen, in dieser hoffentlich sonnigen letzten Septemberwoche.

Komm vorbei! Infos gibt's unter: http://www.noborderbxl.eu.org

Anne

aus der

Erklärung der Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde

Cochabamba, Bolivien, April 2010

Die Unternehmen und die Regierungen der Länder, die "entwickelt" genannt werden, bieten uns an, den Klimawandel als ein Problem zu diskutieren, das sich auf den Anstieg der Temperatur reduziert, ohne nach der Ursache zu fragen, die im kapitalistischen System besteht.
Wir stehen der Endkrise des patriarchalischen Zivilisationsmodells gegenüber, das sich auf die Unterwerfung und Zerstörung von Menschen und Natur stützt.
Das kapitalistische System hat uns eine Denkweise der Konkurrenz, des Fortschritts und des Wachstums ohne Grenzen aufgezwungen. Dieses Produktions- und Konsumregime strebt nach schrankenlosem Profit, es trennt den Menschen von der Natur und richtet ein folgerichtiges System der Herrschaft über diese auf, es verwandelt alles in Ware: das Wasser, den Boden, die menschlichen Gene, die überlieferten Kulturen, die Biodiversität, die Gerechtigkeit, die Ethik, die Rechte der Völker, den Tod und selbst das Leben.
Im Kapitalismus wird die Mutter Erde nur zu einer Quelle von Rohstoffen und die Menschen zu Produktionswerkzeugen und Konsumenten, zu Personen, deren Wert danach bemessen wird, was sie haben, nicht danach, was sie sind.

Die Menschheit befindet sich vor einer großen Entscheidungsfrage: den Weg des Kapitalismus, der Plünderung und des Todes fortzusetzen oder den Weg der Harmonie mit der Natur und der Achtung vor dem Leben einzuschlagen.
Wir müssen ein neues System schaffen, das die Harmonie mit der Natur und zwischen den Menschen wiederherstellt. Gleichgewicht mit der Natur kann es nur geben, wenn es Gleichheit zwischen den Menschen gibt.
Wir schlagen den Völkern der Welt die Rückgewinnung, Wiederaufwertung und Stärkung der überlieferten Kenntnisse, Weisheiten und Praktiken der indigenen Völker vor, die sich in der Lebensweise und dem Modell des "Vivir Bien" (Guten Lebens) bestätigt finden, indem die Mutter Erde als ein lebendiges Wesen anerkannt wird, zu dem wir in einer unteilbaren, wechselseitigen, sich gegenseitig ergänzenden und spirituellen Beziehung stehen.
…
Die Zukunft der Menschheit ist in Gefahr, und wir können nicht akzeptieren, dass eine Gruppe von Regierenden entwickelter Länder für alle Länder entscheiden wollen, so wie sie es erfolglos auf der Konferenz in Kopenhagen versucht haben. Diese Entscheidung kommt uns, allen Völkern zu. Deshalb ist die Durchführung eines Weltreferendums, eines Plebiszits oder einer Volksbefragung über den Klimawandel notwendig, in dem die Meinungen eingeholt werden sollen über: das Niveau der Reduzierung von Emissionen, die die entwickelten Länder und die transnationalen Unternehmen vornehmen sollen; die Finanzmittel, die die entwickelten Länder zur Verfügung stellen sollen; die Schaffung eines internationalen Klimagerichtshofes; die Notwendigkeit einer Allgemeinen Erklärung der Rechte der Mutter Erde; und die Notwendigkeit, das gegenwärtige kapitalistische System zu verändern.
…
Abschließend kommen wir überein, die Zweite Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde im Jahre 2011 durchzuführen.

Die vollständige Erklärung auf: amerika21.de

Fotos: cmpcc.org.bo

TIERRA Y LIBERTAD

Land und Freiheit - Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr

www.tierra-y-libertad.de